

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphisch: Bochum.

Unterlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

 Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.** Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wiemelshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ und die Bochumer Knappschaftsverwaltung.

Redakteur Wagner zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wir haben in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ schon kurz über den Beginn des Prozesses berichtet, den die Verwaltung des Allg. Knappschaftsvereins zu Bochum gegen unseren verantwortlichen Redakteur angestrengt hatte. Nachdem die Verhandlungen, die sich vor der Strafkammer in Bochum abspielten, am Freitag den 10. Juni abgebrochen wurden, sie am Montag den 13. Juni fortgesetzt und zu Ende geführt. In später Abendstunden wurde dann das Urteil gefällt. Es lautete auf 1000 Mark Geldstrafe!

Tausend Mark sind eine harte Strafe, aber wir haben in der Bergarbeiterbewegung schon schlimmeres erlebt, als daß uns ein solches Urteil knicken könnte. Im Gegenteil, wenn die Kameraden nachstehende Kapitel gelesen haben werden, dann müssen sie uns zugestehen, daß eine Klarlegung der vorhandenen Differenzen zwischen Bergarbeiterorganisation und Knappschaftsverwaltung resp. ihren Gintermännern einmal doch nötig war. Und daß hierzu selbst die Gerichtsschiffen nicht gescheut werden durften. Es war dem Redakteur dieses Blattes der Weg gebahnt worden, an der Strafe vorbeizukommen. Der Preis war folgender vorgeschlagene Vergleich:

„Ich erkenne an, daß die in dem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 25. Dezember 1909 gegen die Verwaltung des Allg. Knappschaftsvereins, insbesondere gegen die juristischen Mitglieder derselben erhobenen Angriffe sachlich unbegründet und in der Form beleidigend sind. Ich erkenne an, daß die Verwaltung bestrebt gewesen ist, die bei einzelnen Abteilungen aufgetretenen, in dem genannten Artikel erwähnten Unstimmigkeiten in der Handhabung der Satzung, sobald sie zu ihrer Kenntnis gelangten, auf dem kürzesten Wege und zum Vorteile der Versicherten zu beseitigen. Ich verpflichte mich, vorstehende Erklärung auf meine Kosten in folgenden Blättern, erstens in der „Bergarbeiter-Zeitung“ und zwar an der Stelle, wo der Artikel stand, zweitens, im „Kampfbuch“ je einmal innerhalb vier Wochen zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens übernehme ich.“

So lautete der von der Knappschaftsverwaltung vorgeschlagene Vergleich. Wäre er angenommen worden, hätten wir 1000 Mark geparkt. Durften aber von da ab nicht wagen, den Bergarbeitern mit ruhigem Gewissen entgegenzutreten. Doch was sagen wir. Wenn uns etwas recht gegeben hat, der Knappschaftsverwaltung ihren „Vergleich“ vor die Füße zu werfen, dann eben der Prozeß und sein Ausgang.

Ursachen des Prozesses.

Der Prozeß selbst ist nichts weiter, als eine Episode in dem Kampfe, den die Bergarbeiter seit Menschengedenken um ihre Knappenrechte führen. Er ist eine Episode in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit und ihren gegenseitigen widerstreitenden Interessen auch im Knappschaftswesen. Und daß dieser Gegensatz hier vorhanden ist, ist nicht Schuld der Arbeiter, sondern die Schuld derjenigen, die sich durch ihre wirtschaftliche Übermacht und ihren Übermut fortgesetzt haben verhalten lassen, beides gegen die Arbeiter spielen zu lassen. Gerrenstandpunkt soll auch im Knappschaftswesen Trumpf sein. Für die Gerren ist es ein Gräuelt, daß überhaupt Arbeiter mitreden und mitkochen. Ginge es nach ihnen, die Bergarbeiter blieben nur die Dienenden, die Gehorchenden und schließlich auch die Duldenden.

Wie haben die Bergarbeiter kämpfen müssen, um den Platz zu erobern, den sie heute im Knappschaftswesen innehaben. Manches Not- und Kampfsjahr liegt hinter uns und wieviel Bergarbeiter haben Haare und Freiheit lassen müssen? Davon können wir Ruhrbergarbeiter manches Liedchen singen.

Heute wirken im Allg. Knappschaftsverein die Arbeiter mit, ob es den Gerren gefällt oder nicht. Ohne diese Mitwirkung der Arbeiter ist eine gesunde Fortentwicklung der Dinge im Bochumer Knappschaftsverein nicht mehr möglich. Aber hat die Tatsache, daß die Arbeiter nicht mehr von ihrer Mitwirkung abgehalten werden können, dem Verein Schaden gebracht? Wer das behaupten will, muß die Wahrheit auf den Kopf stellen. Wenn jemals etwas dem Verein dienlich gewesen ist, dann gewiß die Opposition der Arbeiter gegen die Mißstände, wie sie sich im Laufe der Jahre im Verein breit machten und die leider heute noch zum Teil vorhanden sind. Es muß doch anerkannt werden, daß von dem Tage ab, wo die organisierte Arbeiterkraft Einfluß auf den Verein gewann, auch die glänzenden Entwicklungen des Vereins her datiert. Ein Beweis, daß die Opposition dieser Entwicklung nicht im Wege stand.

Die Arbeiterkraft wie ihre Vertreter haben uneigennützig große Proben ihrer Geduld und Opferfreudigkeit abgelegt. Immer waren sie bereit, auf dem Wege der Verständigung mit der Vertretung der anderen Seite auszukommen. Sie haben nie Pfennigsucherei getrieben, wenn es sich um wichtige Dinge gehandelt hat. Besserungen haben die Arbeiter angestrebt, aber sie haben sich nicht vor Opfern gedrückt. Wie sie es ja gewohnt sind, ein opferreiches Leben zu führen. Man schaue sich in der Industrie um, im Bergbau! Siechtum, Krankheit, Unfälle fressen in Massen die Menschenleiber hinweg; in der Bergwerksindustrie mehr wie 100 anders. Und da muß schon noch eins gesagt werden. Wer diesen Leuten in ihrem Dingen nach Luft und Leben, nach

ihren Menschenrechten sich entgegensetzt, gar mit Spott und Hohn empfängt, der vergeht sich an der Menschheit wie an dem gesunden Menschenverstand. Die ruhigen, schweiligen Hände, die mehr und minder verkrüppelten Körper sind mindestens so viel wert, als die Bildung, die man auf Universitätsbänken empfing, wenn nicht mehr. Das wollen wir ganz besonders den Gerren sagen, die in geringschätzender Weise vor Gericht Zeugen und dem Angeklagten begegneten. Und die vielleicht glaubten, in den Arbeiterstufen nicht Empfindlichkeit genug, um diese Handlungsweise zu verstehen. Wir können uns nicht schämen, wenn uns die Kritik trifft und schließlich die Bestrafung, wenn uns im Drange des Kampfes ein unbedachtam Wort entgleitet, aber wir wehren uns dagegen, wenn man Arbeitern eine solche Behandlung zu Teil werden läßt, wie wir sie in unserem Prozeß erleben. Wir wehren uns dagegen, weil wir nicht Schuld sind, daß es überhaupt zu diesem Prozeß kommen mußte. Und wir kommen damit von selbst zu der Frage, was eigentlich den Prozeß herbeigeführt hat.

Vor zwei Jahren kam im Bochumer Knappschaftsverein das neue Statut zustande. Ein „Friedenswerk“ wurde es genannt, dem bei seiner Ratung der Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Weidmann, die Weiherede hielt:

„Mögen auch die Segnungen dieser Satzung bei einer dem Recht und der Billigkeit entsprechenden Auslegung allen denjenigen zu Teil werden, welche ihre Kräfte dem bergmännischen Berufe gewidmet und so berechtigten Anspruch auf eine Fürsorge des Alters und der Invalidität haben. Das ist der aufrichtigste Wunsch, den ich dem Geburtstagskinde mit auf den Weg gebe.“

So sprach Herr Dr. Weidmann am 20. Juni 1908. Nach aber war nicht ein Jahr ins Land gegangen und die Ruhrbergarbeiterstand in vollem Aufruhr. Einstimmig war die neue Satzung angenommen worden in der Generalversammlung des Vereins und jeder Festsetzte war nach Hause gegangen, beruhigt, weil er in den Wünschen Weidmanns ein gegebenes Versprechen sah, die kommende ruhige Entwicklung des Vereins nicht zu fürchten! Das Statut war fertig, aber man hatte die Rechnung ohne jene Leute gemacht, die sich nun zusammenfanden, um die einzelnen Bestimmungen der Satzung auf ihre Auslegungsmöglichkeit zu studieren und oft genug in harter Weise gegen die Bergarbeiter auszuheulen.

Wir lehnen uns dagegen auf, wenn angeführt wird, daß nicht die Verwaltung des Vereins oder die Werksvertreter schuld seien an dieser oder jener Auslegung, die auf Widerbruch bei den Arbeitern stößen mußte. Nein, Verwaltung wie die Werksvertreter haben gemeinsam dazu beigetragen, daß schon nach einem Jahr nach dem Zustandekommen des neuen Statuts die Forderungen eine außerordentliche Generalversammlung verlangten, um Uebergriffe, die sich entwickelt hatten, entgegen zu wirken. Wir erinnern an die 1. 3. den Bergarbeitern aufgetragene Wahlordnung (leider mit Hilfe christlicher Vorstandsleute), an die Auslegung des § 8 der jetzigen Satzung, die zu den unmissigen Auslegungen der Knappschaftsmittel führten. Ferner an die Auslegung der Artikel über die Stellung von Invalidisierungsanträgen usw. Sowohl wir und die Bergarbeiter haben es damals offen ausgesprochen, daß das Statut ausgenutzt würde zu schweren Schädigungen und Entrechtungen der Knappschaftsmittelglieder. Wir haben verlangt, daß man nicht mit juristischer Routine die einzelnen Paragraphen wie Kautschuk ziehen solle zum Schaden der Arbeiter. Das Statut liege eine humanitäre Auslegung zu. Praktische Erwägungen solle man bei Anwendung der einzelnen Bestimmungen wahren lassen und sich nicht auf arbeitserfindliche und lächerlich bürokratische wie juristische Spinnereien einlassen. Ein solches Vorgehen sei eines Vereins, wie des Bochumer, unwürdig! Den Standpunkt vertraten wir auch heute noch, um so mehr, als im Laufe des letzten Jahres weitere Schädigungen der Arbeiter durch Auslegungen der einzelnen Bestimmungen vor sich gingen. Wenn nach Kämpfen und Prozessen oder wenn später auch auf anderem Wege die Arbeiter schließlich meistens wieder zu ihren Rechten gelangten, so waren doch Wochen und Monate des Ganges und Ganges über sie hinweggegangen! Von der Not ganz abgesehen, in die sie plötzlich gestellt wurden.

Hat das Bochumer Gericht, wie in jedem einzelnen Fall, den wir weiter unten registrieren, nachgedacht, wie es Arbeitern zu Mute ist, wenn ihnen z. B. durch plötzliche Entziehung des Krankengeldes die Existenzbedingungen gespart sind? Wissen die Gerren vom Gericht und von der Knappschaftsverwaltung, was es heißt, plötzlich im Arbeiterleben ohne Einnahmen da zu stehen? O ja, sie wissen es, in der Theorie! Praktisch am eigenen Körper haben sie es nicht durchgemacht. Wir wünschen es ihnen nicht, aber auch keinem andern. Wir wissen es, was es heißt, auf anonyme Denunziationen hin plötzlich das Krankengeld zu verlieren. Wir wissen, was es heißt, wenn man monatelang vergeblich auf Mute wartet oder wenn man vor andere ähnliche schlimme Unlieblichkeiten gestellt wird. Es genügt nicht zu sagen, daß und das ist eine Fäule! Nein, hier muß alles getan werden, um solche Härten von vornherein zu verhüten, damit Not und Elend arme Arbeiter und ihre Familien nicht unnötig treffe! Wer das Elend kennt, die Folgen weiß, in die Familien durch solche Satzungs-Auslegungen oder durch vorhandene Satzungs- und Gesetzeslücken geraten, dem rüch-

gar leicht bei einer Besprechung solcher Mißstände die Feder aus und es entgleitet ihm ein Wort, das zwar gegen papierne Gesetzesbestimmungen verstößt, aber menschlich begreiflich ist. Wer die Leiden der Arbeiter aus eigener Lebenserfahrung kennt, der bleibt, wenn er ein fühlender und vernünftig denkender Mensch ist, nicht ruhig, wenn er sieht, wie man festen oder gar nicht Auslegungen zugunsten, wohl aber mehr zum Schaden der Arbeiter vornimmt, diese in arge Verlegenheit bringt.

Ja, wenn die Gerren, die den Knappschaftsverein leiten, in den meisten Fällen das Richtige und Gesehliche trafen, dann läge die Schuld eben nur allein an den schlechten Gesetzen, an den schlechten Satzungen usw. So aber wird in der Tat getüftelt und spintisiert und was noch schlimmer ist, an diesen Tüfteleien und Spintierereien beteiligen sich im Bochumer Verein auch an der Reihe als diejenigen, die die engere Verwaltung des Vereins ausmachen. Das hat sich vor Gericht herausgestellt. Die juristischen Beamten bezw. das Direktorium lehnten freilich, wie das auch der Vergleich zeigt, die Verantwortung für die von den Beamten geringerer Grade hervorgerufenen „Unstimmigkeiten“ ab. Mit Recht hob da der Angeklagte hervor, so gut er als verantwortlicher Redakteur die sämtlichen, auch die nicht von ihm geschriebenen und geleseenen Artikel in seiner Zeitung verantworten müsse, hätten die Verantwortlichen im Bochumer Knappschaftsverein moralisch und rechtlich zu bedenken, was im Rahmen und im Namen des Knappschaftsvereins an Bestimmungen und Verfügungen auch von Unterstellten des Direktoriums erlassen wurde. Wir sagen, mit Recht. Will man hierfür die Verantwortung nicht tragen, dann bittet man, gefälligst die Organisation der Verwaltungsarbeiten im Bochumer Knappschaftsverein einer gründlichen Klärung zu unterziehen! Das ist im Interesse des Vereins und der Mitglieder dann sehr geboten. Denn wohin soll das führen, wenn der Geschäftsführer A. eine andere Meinung hat, wie der Geschäftsführer B. oder gar der Direktor Seemann eine andere als der Direktor Meynen und jeder wollte auf eigene Faust Verfügungen treffen? Alles, was dahin führen kann, muß vermieden werden. Das beste Mittel, solche innerlichen Widersprüche nicht aufkommen zu lassen, ist die Klärung möglichst klarer Bestimmungen in der Satzung selbst. Vor allen Dingen aber sollte man alle Handlungen von praktischen Erwägungen leiten lassen.

Es ist demnach an einen bekannten Grundsatz zu denken, an den, daß in zweifelhaften Fällen zuerst an den Schutz der Schwachen zu denken ist! Geht das im Bochumer Knappschaftsverein ein? Die Praxis zeigt uns zu oft das Gegenteil. Uns sind keine Fälle bekannt, wo man diesen Grundsatz angewendet. Warum ist es so? Wir meinen, daß den führenden Leuten im Verein die Lebenserfahrung abgeht, sei es dadurch, weil man auf eigenen Körper die Schattenseiten des Arbeiterlebens nicht kennen gelernt hat, nicht Rot und Glend verspürt hat. Und weiter: Wir sind offen genug, zu sagen, daß es für den Knappschaftsverein in Bochum kein glückliches Verhältnis ist, daß seine verantwortlichen Leiter zu kurz nach den Universitätsjahren in ihre jetzigen Stellungen einrückten. Die Pandektenwissenschaft allein, deren Wert wir durchaus nicht unterschätzen, genügt nicht, man muß sich in den Verhältnissen auch außerhalb der Schreibstuben zurechtfinden. Draußen sind mehr als 3-400 000 Menschen, ohne die Angehörigen, abhängig vom Verein. Es gibt hier eine Psyche des Einzelnen und eine solche der Massen! Und jeder hat seine, wie die Masse ihre Bedürfnisse, die fortgesetzt treiben und reifen! Und da denken wir uns, an die Spitze eines Vereins, wie des Bochumer, wie man sagt, Männer der Praxis! Nicht Leute, die von den Universitäten kommen, sich nachher kaum im Leben umgeschaut haben! In solchen Jahren kann man eifrig und mutig sein, aber wie man sich mit dem Leben und der Wirklichkeit abfindet, steht auf einem andern Blatt. So versteht man die Leute und die Verhältnisse draußen nicht und die da draußen leben, verstehen nicht die Praktiken, wie sie aus den Bureaufuben heraus sich äußern. Dann kommen die Kollisionen — Kollisionen, die neben den natürlichen und gegensätzlichen Streitpunkten zwischen Kapital und Arbeit sich entwickeln und zu allerhand Unzuträglichkeiten führen müssen. So sind auch die Reibungen entstanden, die zum Prozeß führten und die schließlich die Bestrafung nachzogen. Ein eigenartiges Verhältnis zwischen Ursache und Wirkung! Aber die Gerren wissen jetzt, warum an die Annahme eines Vergleichs nicht zu denken war. Für so „weltfremd“ dürfen sie die Bergarbeiter nicht halten, als daß diese nicht wüßten, woher die fortgesetzten Plackereien zwischen Knappschaftsverein und Knappschaftsmittgliedern entstehen!

Herr Köhne hat sich vor Gericht beklagt, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ erst in letzter Zeit zu heftigen Angriffen gegen die Knappschaftsverwaltung aushole. Ja, geschieht das aus Mitleiden? Sind nicht sämtliche Artikel, die wir über die Auslegungen des Statuts gebracht haben, nicht mit Belegen und Beispielen gefüllt gewesen, hat nicht auch jeder von den vielen Zeugen, mit wenigen Ausnahmen vor Gericht ein Stück Leidensgeschichte zu erzählen gewußt? Die „Bergarbeiter-Zeitung“ wird seit Monaten mit Klagen überflutet, wie in keiner Zeit vorher! Und wir sind eine Zeitung der Bergarbeiter, die die Klagen wiederzugeben hat, wenn sie sich durch eine unserer Grachten verkehrte Praxis im Knappschaftsverein bezw. durch uns unverständliche

Auslegungen der Satzung hängen. Das haben wir getan und keine Bestrafung wird uns hindern, wenn nötig, weiter der Hilsprecher und Schlichter der so gequälten Bergarbeiter zu sein. Und das haben wir verbrochen?

Was steht in dem unter Anklage gestellten Artikel?

Wir lassen den Artikel, der unter Anklage gestellt wurde, im Wortlaut folgen. Außer der Unterschrift sind die hervorgehobenen Stellen als beleidigend aufgefasst worden. Kam es der Knappschaftsverwaltung darauf an, diese Versicherungen richtig zu machen, nichts hätte ihr hierbei im Wege gestanden. Der Artikel ist nicht auf der Redaktion geschrieben worden. Und weiß auch, der Angeklagte hat die für die Knappschaftsverwaltung verbindlichen Versicherungen mit Bedauern zurückgenommen. Aber damit war die Knappschaftsverwaltung nicht zufrieden. Sie wollte auch wissen, daß der Artikel sich nicht zu treffen sollte, daß die Schuld für die Auslegung der Satzung gar nicht trüfe! Die Verwaltung wollte bestätigt haben, daß sie völlig unfehlbar ist an den „Unstimmigkeiten“, die durch die Auslegung der Satzung entstanden sind. Das ihr zu quittieren, ist doch eine unserer Grundsätze starke Zustimmung. Mit Recht wird der Angeklagte den Vergleich ab. Er hätte mit solchem Vergleich ja die Praxis gebildet, über die zwei Jahre hindurch die Knappschaftsmitglieder ganz besonders stark zu klagen hatten. Doch lassen wir den Artikel folgen. Er lautet:

„Arbeiterfeindliche Satzungsänderungen im Allgemeinen Knappschaftsverein.“

Mit diesem Thema mußte sich die Tages- und Gewerkschafts- presse schon wiederholt beschäftigen, weil die Verwaltung des Bochumer Knappschaftsvereins sich seit längerer Zeit die denkbar größte Mühe gibt, die Vereinsatzung in einer für die Mitglieder des Vereins ungünstigen Weise auszulegen. Es scheint fast, als wenn die in der Verwaltung des Vereins beschäftigten Juristen nichts anderes täten, als die Satzung daraufhin zu studieren, auf welche Art und Weise Ersparnisse auf Kosten der Mitglieder gemacht werden können. In dieser Beziehung ist in letzter Zeit Erhellendes geleistet worden; die Verwaltung ist im Erlinden neuer Mittel, die Mitglieder zu schikanieren und zu schädigen, geradezu unerschöpflich. Als neuestes Versuchsspiel hat sie sich den § 12 Absatz 1 der Satzung ausgesucht. Dieser lautet:

„Mitglieder, welche infolge eintretender Erwerbslosigkeit aus der Krankenkasse ausscheiden, haben über die Dauer ihrer Mitgliedschaft hinaus in einem während der Erwerbslosigkeit eintretenden Unterhaltungsfall dann noch Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse, wenn sie vor ihrem Ausscheiden aus der Kasse mindestens drei Wochen lang ununterbrochen einer Knappschaftskasse oder einer aufgrund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Kasse angehört haben und die Krankheit, für welche sie die Unterhaltung in Anspruch nehmen, innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse eingetreten ist.“

Die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse sind neben der freien Kur und Arznei 50 Proz. des täglichen Lohnes als Krankengeld, während die vollberechtigten Mitglieder 60 Proz. des Lohnes erhalten. Jetzt wird seitens der Verwaltung versucht, möglichst viel Krankenteile in die Kategorie der Winterberechtigten zu rangieren, und das bringen die Herren auf folgende Weise zustande: Wenn ein Mitglied am Montag erkrankt und einen Krankenschein nimmt, aus irgendwelchen Gründen aber erst am Dienstag in ärztliche Behandlung kommt, so erhält es nur die gesetzlichen Mindestleistungen, es wird also schon als aus der Kasse ausgeschieden betrachtet. Geht ein solches Mitglied der 11. Lohnklasse an, so bekommt es anstatt drei Mark pro Tag nur 2,50 Mark Krankengeld, was also um 50 Pf. pro Tag geschädigt. Uns sind Fälle bekannt, wo Mitglieder am 2. November einen Krankenschein nahmen und sich am selben Tage auch in ärztliche Behandlung begaben, diese erhalten auch nur die gesetzlichen Mindestleistungen, also die Hälfte des Lohnes als Krankengeld. Der 1. November ist aber ein Feiertag, an dem auf den Feiertag nicht gearbeitet wird.

Durch solche Praktiken werden einzelne Klassenmitglieder schwer geschädigt. Wer 28 Wochen hintereinander feiert, wird, falls er nach seinem verdienten Lohn der 11. Lohnklasse angehört, durch die vortrefflich bezeichnete Methode aber in die Kategorie der Winterberechtigten versetzt wurde, um 78 Mark am Krankengeld geschädigt, wer einer niedrigeren Lohnklasse angehört, entsprechend weniger. Ein solches Verfahren fordert den schärfsten Protest heraus und muß als ungerecht bezeichnet werden. Wir können daher allen Bergarbeitern, die von der vorbeschriebenen Methode betroffen werden, den Rat geben, sich sofort beschwerdeführend an das Oberbergamt zu Dortmund zu wenden und wenn sie dort nicht befriedigt werden, den ordentlichen Nachschuß zu beschreiben. Es ist sehr bedauerlich, daß die Knappschaftsmitglieder ständig einen Kampf gegen die Knappschaftsverwaltung führen müssen, um in den Genuß der ihnen satzungsmäßig zustehenden Bezüge zu kommen oder sonstige Uebergriffe der Knappschaftsverwaltung abzuwehren, aber gegen solche Praktiken muß der Kampf mit allen Mitteln aufgenommen werden. Dadurch entsteht aber auch der Knappschaft eine Menge Arbeit und darum auch Kosten, oder soll durch solche Praktiken einer Anzahl Beamten des Vereins Beschäftigung verschafft werden? Wenn man sonst keine Beschäftigung für die betreffenden Beamten hat, so entlasse man sie; dann wird auch Geld gespart und eine solche Sparbarkeit wäre immer noch besser angebracht, als wenn man den Knappschaftsmitgliedern die ohnehin geringen Bezüge zu schmälern sucht.

Nügen sich unsere Kameraden den Artikel gut einprägen und nun aufpassen, welche „Unstimmigkeiten“ sich aus den Auslegungen der Satzung durch die Knappschaftsbeamten ergeben haben. Es handelt sich jetzt um die Frage:

Was ist vor Gericht bewiesen worden?

Soweit in dem oben veröffentlichten Artikel die unrichtige Anwendung des § 12 der Satzung in Frage kommt, mußte zu gegeben werden, daß z. B. an das Hauptbureau Herne die Anweisung vom Hauptbureau aus ergangen war, die Mindestleistung in Anerkennung (§ 12) zu bringen, wo sie völlig unbedeutend war. In einer großen Anzahl von Fällen ist das geschehen, was die Bureaubeamten des Hauptbureaus Herne unumwunden vor Gericht eingestanden. In Herne war das Krankengeld nach § 14 gezahlt worden, das wurde von Bochum aus beantragt und abgelehnt. In einem Falle erhielt der eine nach § 11, in einem anderen anderen Falle der andere nach § 12 das Krankengeld gezahlt. Als die Anweisung kam, wurde der Kranke, die „zu viel“ erhalten haben sollten, die weitere Auszahlung des Krankengeldes geistert, manche von ihnen haben sogar mit leeren Händen da! Der Knappschaftsbureaubeamte Kasse gab zu, daß während seiner 17-jährigen Tätigkeit als Beamter des Knappschaftsvereins es nicht anders gewesen sei, daß zu viel gezahltes Krankengeld plötzlich in Abzug gebracht wurde! Auch mußte zugegeben werden, daß auf Grund anonymen Denunziationen hin die Auszahlung des Krankengeldes eingestellt wurde! Und das, noch ehe eine klare und gründliche Untersuchung angestellt worden sei! Wie bei Auslegung des § 12 verfahren wurde, dafür einige Beispiele nach Aussagen der Zeugen Schädlich und Gapp.

Zeuge Florentin Schälich verfuhr am 4. Dezember 1909 die letzte Schicht, nahm am 7. Dezember einen Krankenschein und kam am selben Tage in ärztliche Behandlung. Nach seinem verdienten Lohn gehörte er zur 11. Lohnklasse. Bei der ersten Krankengeldzahlung erhielt er statt 3 Mark pro Tag nur 2,50 Mark.

Zeuge Johann Hard verfuhr die letzte Schicht am Samstag, den 21. November 1909, nahm am Sonntag, den 20. November, einen Krankenschein und kam am selben Tage in ärztliche Behandlung. Nach seinem verdienten Lohn gehörte er zur 10. Lohnklasse. Bei der ersten Krankengeldzahlung erhielt er statt 2,50 Mark pro Tag nur 2,00 Mark.

Solche und ähnliche Fälle bezeugt, des § 12 bezeugten die Zeugen Nicola, Trümpert, Reibel, Eppmann, Wanden, Knappschaffstetter Aug. Wehring, Knappschaffstetter Wilhelm Breitschlag und Knappschaffstetter Julius Benz. Der Oberälteste Esser-Castrop war als Zeuge gleichfalls geladen worden, war krankheitshalber nicht erschienen. Er hat aber vorher an einen Kellner geschrieben, daß die Auszahlung nach § 12 erfolgt, die zu wenig ausgezahlten Krankengelder aber später nachgezahlt worden seien. Wie uns mitgeteilt wird, soll die Anweisung, nach § 12 zu zahlen, auch noch an andere Bezirke ergangen sein. Man sei dort aber dem Verlangen nicht nachgekommen. Vielleicht kann uns die Knappschaftsverwaltung noch nachträglich hierüber Auskunft geben.

Wir stellen also fest, daß der sachliche Inhalt des unter Anklage gestellten Artikels genau mit den Tatsachen übereinstimmt. Wir stellen weiter fest, daß nach Aussagen vor Gericht es der Bureauchef Utermann (ist er gar Dr. jur.) war, der die Verfügung erließ, bei oben genannten und in dem Artikel gerügten Fällen nach § 12 das Krankengeld zu zahlen!

Die Herren Köhne und Meynen wollen von dieser Verfügung keine Kenntnis gehabt haben. Sie wollen erst dann Kenntnis davon erhalten haben, als die Beschwerden eingingen (innerhalb mehrerer Wochen). Sie wollen dann sofort eingegriffen haben. Klar ist uns aber immer noch nicht, woher sich Herr Utermann das Recht herholt, oder hergeholt hat, über die Köpfe seiner Vorgesetzten hinweg eigenmächtig Anordnungen zu erlassen, die so wichtige Auslegungen der Satzung betreffen, die geradezu als direkte Verstöße gegen die Satzung hingestellt werden müssen! Die Aussagen in den einzelnen Prozessen sind doch vorher besprochen und übertragen? Oder magst man sich in den einzelnen Abteilungen an, nach eigenem Ermessen sich die Satzungen auszulegen? Eine Statutauslegung im Bergarbeiterverband kann sich höchstens der Verbandsvorstand erlauben. In Zweifelsfällen wendet sich die engere Leitung des Verbandes an den Gesamtvorstand. Nicht nur an diesen. Im Knappschaftsverein ist es anders gewesen, wenigstens in dem uns vorliegenden Falle. Da ist von Herrn Utermann spiritisiert, gestiftet und nach eigenem Ermessen ausgelegt worden. Und was das schönste ist, mehrere Wochen hindurch gingen die Beschwerden der zu Recht auszahlenden Krankengelder vor sich. Ist da wirklich nach Bekanntwerden der ersten Beschwerde bezw. des ersten Falles eingegriffen worden?

Am 22. Dezember erging die Verfügung der Knappschaftsverwaltung, nach § 14 zu zahlen, am 21. Dezember war die „Bergarbeiter-Zeitung“, die den unter Anklage gestellten Bericht enthielt, zum Verstand gelangt. Treten wir nicht, dann haben andere Zeitungen schon früher die Auslegung nach § 12 kritisiert. Doch das nur nebenbei. Am 22. Dezember erging die Verfügung. Nach Aussage des Bureauvorstehers Köhne entstanden aber schon im Oktober oder November die Zweifel über die Auslegung der Satzung. Das ist eine ganze Spanne Zeit! —

Aber gehört nicht schließlich Utermann auch zur Verwaltung des Knappschaftsvereins zu Bochum? Unseres Wissens ja! Warum schlossen sich nur die Herren Köhne, Meynen und Heimann der Anklage als Nebenkläger an, warum nicht Herr Utermann?

Die Strafkammer Bochum ließ die Ausdehnung der Beweis- anträge auch auf andere Vorkommnisse zu, soweit sie sich auf arbeitserschädigende Auslegungen auch anderer Satzungsbestimmungen bezogen.

Wir lassen Sachverhalt wie Zeugenaussagen hier folgen. Vorerst bemerken wir auf Anfrage des Angeklagten die Knappschaftsältestenzeugen, daß über das Verhalten der Knappschaftsverwaltung den Knappschaftsmitgliedern gegenüber in Bergarbeiterkreisen große Missstimmung herrsche. Die meisten Leute, Krämer und Wehring führen Fälle an, die solche Missstimmung hervorruft. Die Verböde der Zeugen ergeben:

1. Karl Wiesgen-Bochum erkrankt am 21. Dezember 1904 einen Unfall und erhielt 50 Prozent Unfallrente, verlor aber seine bisherige Arbeit als Förderaufseher weiter, erhielt auch den gleichen Lohn wie früher in Höhe von 4,75 Mk. Krank hat er geleistet vom 24. Febr. 1905 bis 20. März 1905 und vom 2. September 1905 bis 6. März 1906. Daß er vorher nicht krank feierte, lag daran, daß ihn seine Kameraden mit durchschleppten. Er bezog insgesamt 451 Mark Krankengeld. Der Knappschaftsverein behauptet, er habe dieses Krankengeld als Invalidenrente zu Unrecht bezogen. A. war aber kein Berufs-, sondern ein Unfallinvalid. Die Knappschaft mußte darum das Krankengeld zahlen. Um sich der Zahlung des Krankengeldes zu entziehen, legte der Knappschaftsverein die Berufsunfähigkeit nicht fest vom 6. März 1906 (Ende der Krankheitszeit), sondern datierte dieselbe zu rück auf den 21. Dez. (Unfalltag)! Der Knappschaftsverein verlangte daraufhin 144,48 Mk. angeblich zuviel gezahltes Krankengeld zurück und mußte A. eine Erklärung auf dem Hauptbureau unterschreiben, daß er diese Summe zurückzahlen wolle. Das Arbeitersekretariat Bochum aber nahm die Angelegenheit in die Hände und es kam so weit, daß B. 124,24 Mk. noch zurückgefordert erhielt!

2. Kleister Wehring-Gerten bezeugte einen Fall, den wir hier nicht verzeichnen können. Der Bergmann August G. erkrankt am 27. August einen Mittelbruch. Er wurde dem Medlinghauser Krankenhaus überwiesen und bis zum 5. Februar behandelt, worauf er zu freier Arbeit fähig, entlassen wurde. G. verfuhr fünfmal innerhalb drei Wochen die Arbeit am Tage aufzunehmen, konnte aber keine Arbeit mehr in der Lampenbude, noch anderswo verrichten. Am 4. März 1910 wurde G., nachdem alle Arbeitsversuche gescheitert waren, von der Berufsgenossenschaft aufgefordert, sich in Dortmund im Brüderhospital zu stellen zur weiteren Behandlung. G. kam dieser Aufforderung nach. Der Allg. Knappschaftsverein zahlte G. Krankengeld bis zum 5. Februar. G. wandte sich nun an den Knappschaftsverein um Gewährung des Krankengeldes bis zum Ablauf der 28. Woche. Darauf ging ihm ein Schreiben des genannten Vereins zu, daß ihm Krankengeld nicht über den 5. Februar gewährt werden könne, da Erwerbsunfähigkeit nach oberärztlichen Gutachten nicht bestanden habe. Dieses Schreiben wurde der Frau G. am 18. März dieses Jahres. Hierauf schrieb der Knappschaftsälteste Wehring, der von der Frau aufgesucht wurde, an den Allg. Knappschaftsverein und beantragte Gewährung des Krankengeldes, da G. bereits seit vier Wochen in Dortmund im Brüderhospital sei, mithin erwerbsunfähig gewesen sein müsse. Auf dieses eingereichte Schreiben ging dem Knappschaftsältesten die Invalidenliste des G. zu, mit rückwirkender Kraft ab 28. August 1909.

3. Kleister Daniel Krämer-Günnigfeld, verbreitet sich über einen Fall, den die Verwaltung des Allg. Knappschaftsvereins, gez. Köhne, erlassen hat, der die Auszahlung der Sterbegelder betrifft. Der Fall lautet:

„Es ist vorgekommen, daß von einer Geschäftsabteilung den Hinterbliebenen eines früheren Krankenaffenmitgliedes, das zwar innerhalb der dreiwöchigen Frist des § 28 A. B. (§ 12 der Satzung) erkrankt, aber erst nach Ablauf dieser Frist gestorben ist, ein Sterbegeld in Höhe des zwanzigfachen Betrages des durchschnittlichen Tageslohnes gezahlt worden ist.“

Nach mehrfachen Entscheidungen des Königlich preussischen Verwaltungsgerichts (vergl. auch Kommentar Sabin zum Krankenversicherungsgesetz, Anm. I zu § 28) wird der Anspruch auf Sterbegeld nicht etwa schon bedingt durch die Erkrankung, sondern gelangt immer erst durch den Tod zur Entstehung (!); dieser (der Tod) muß also innerhalb der dreiwöchentlichen Frist eingetreten sein.

Wir weisen hierauf hin und machen besonders darauf aufmerksam, daß nach erfolgtem Ausscheiden wegen eingetretener Erwerbslosigkeit ein Sterbegeldanspruch nur dann besteht, wenn der Tod innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

Es wird erwartet, daß künftighin hiernach verfahren wird. Die Verwaltung des Allg. Knappschaftsvereins gez. Köhne.

Diese Sachverhalte entsprechen nicht den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes, das einen Anspruch auf Sterbegeld festsetzt, wenn der Tod innerhalb der Dauer der Krankenunterstützung

eintritt. So Wehring in seinem Kommentar zu § 28 des Kr.-V.-G. Wenn also ein wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausgeschiedenes Mitglied innerhalb der drei Wochen nach dem Ausscheiden erkrankt, so hat er zunächst für die Dauer der Krankheit, höchstens jedoch für 28 Wochen Anspruch auf freie Kur und Arznei, ferner Anspruch auf Krankengeld. Zutritt das Mitglied innerhalb der Krankheitszeit, so haben seine Angehörigen zweifellos ein Anrecht auf Sterbegeld. Der Anspruch würde wegfallen, wenn die Krankheit des betreffenden Mitgliedes mit Ablauf der 28-wöchentlichen Unterstützungsdauer nicht geheilt oder der Tod später eintreten würde. Demnach besteht der Anspruch auf Sterbegeld.

4. Wehring-Bochum war zu einer Hebung von 14 Tagen einberufen worden und er wurde als völlig gesund entlassen. Als sich A. auf der Hebe zur Ansicht meldete, wurde ihm bedeutet, sich von seinem Knappschaftsarzt ein Attestat ausstellen zu lassen. Dieser stellte ihm Attestat aus, weil der Urin Eiweiß enthält und deshalb A. nicht mehr selbst sein sollte! Und dann, weil A. erregte Bluthäufigkeit habe. Die Militärärzte erklärten den A. für kranken, der Knappschaftsarzt erwiderte allerdings, A. konnte selbstverständlich nicht angelegt werden. Er stellte den Antrag, ihn von der Krankenversicherungspflicht zu befreien und zugleich stellte er einen Invaliditätsantrag bei der Knappschaftskasse. A. mußte sich wieder beim gleichen Knappschaftsarzt vorstellen, da er ja jetzt pensionsberechtigt war. Die Folge war, daß nun auch dieser Arzt erklärte, daß A. gesund und daß nur eine Verwundung der Person vorliegen habe!! A. war 14 Tage ohne Arbeit. Das Verlangen nach einem Gesundheitsattest war unberechtigt. War A. wirklich krank, stand ihm Krankengeld zu.

5. Franz Kraftsch-Wehausen, hat am 31. August 1909 die letzte Schicht verfahren und feierte von diesem Tage bis 28. September 1909 krank. Das Arbeitsverhältnis hat A. am 15. September 1909 gekündigt und nahm Arbeit auf Zeche Hugo an. Wegen seinem Umzug von Oberhausen nach Wehausen bei Buer hat er dann noch feiern müssen bis 4. Oktober 1909. Am 30. Oktober 1909 wurde ihm dann durch die Zecheverwaltung ein Bescheid des Allg. Knappschaftsvereins ausgestellt, wonach er wegen Ueberschreitung der Altersgrenze in die Pensionskasse nicht aufgenommen werden könne und nur als Mitglied der Krankenkasse geführt würde.

Hierauf war zu entnehmen, daß A. seine bisherige Mitgliedschaft verloren hatte. Anstatt nun den vorgeschriebenen Weg einzuschlagen und Berufung gegen diesen Bescheid beim Schiedsgericht einzulegen, reichte A. einen selbstgeschriebenen Antrag auf Wiederstellung der Beiträge bei der Knappschaft ein. Hierauf ging ihm folgender Bescheid zu:

„Bochum, den 20. November 1909.
Herrn Franz Kraftsch
in Wehausen.“

Eine Erstattung der von ihnen gezahlten Pensionskassenbeiträge ist satzungsmäßig nicht zulässig. Sie waren Mitglied unserer Pensionskasse vom 30. Dezember 1907 bis 28. September 1909.

Durch die Unterbrechung der Bergarbeit vom 29. September bis 3. Oktober 1909 ist die erworbene Mitgliedschaft erloschen.

Bei der Wiederantritt am 4. Oktober er. waren Sie über 40 Jahre alt und konnten aus diesem Grunde nicht mehr Mitglied unserer Pensionskasse werden. Die Verwaltung.

Also wegen einer Unterbrechung von fünf Tagen sollte A. seiner Mitgliedschaft verlustig sein!

Gegen diesen Bescheid wurde, trotzdem er den gesetzlich vorgeschriebenen berufsrechtlichen Vermerk nicht trug, solche eingelegt.

Ehe jedoch Verhandlungstermin angesetzt wurde, ging dem A. unter dem Datum 22. Dezember 1909 vom Knappschaftsverein folgender Bescheid zu:

Nach einer neuerdings getroffenen Entscheidung, ist die Mitgliedschaft als erhalten anzusehen, wenn ein Mitglied in der nach der Krankheitszeit folgenden Woche wieder anfängt. Sie haben laut hier vorliegender Mitteilung, am 31. August 1909 auf Zeche Oberhausen, Schacht Hugo, die letzte Schicht verfahren, vom 31. August bis 28. September 1909 krank geleistet und am 4. Oktober 1909 die Bergarbeit wieder aufgenommen. Ihre Mitgliedschaft besteht also nach der vorstehenden Entscheidung fort. Wir ersuchen Sie, den Ihnen am 30. Oktober 1909 von Zeche Hugo I ausgerichteten Ausweis über die Mitgliedschaft zur Krankenkasse an uns zurückzugeben. Wir werden Ihnen alsdann durch Vermittlung der Zeche Hugo I einen Ausweis über die Mitgliedschaft zur Krankenkasse und Pensionskasse zuwenden. Die Verwaltung.

6. Wilhelm v. Sinten. Es handelt sich hier um eine Erשמעung des Rechts wegen durch vorfristwidrige Bescheiderteilung. Der Verein verlangte von S. 176 Mark nachgezahlende Beiträge und ließ diese, ohne dem Manne den vorgeschriebenen schriftlichen mit Nachmittellange versehenen Bescheid zu senden, kurzerhand auf der Zeche am Lohne abhalten. Auf seinen Widerspruch sandte der Verein nicht an den Widerspruchsberechtigten, sondern an den Knappschaftsältesten einen nicht berufsfähigen Bescheid, dann auf ein das Schiedsgericht abgehandeltes Schriftstück des Mannes einen nicht berufsfähigen Bescheid an den Mann selbst. Auf Beschwerde wegen andauernder Sendung nicht berufsfähiger Bescheide sandte der Verein endlich den berufsfähigen Bescheid vom 22. März 1909, sandte diesen Bescheid aber nicht wie sonst üblich, per Zustellungsurkunde an den Adressaten, sondern beauftragte seinen Oberältesten, dem Manne den Bescheid lesen zu lassen und dann wieder mitzunehmen. Der Mann eignete sich aber den vom Oberältesten übergebenen Bescheid an, legte Verurteilung ein und gewann die Sache. Die Kläger behaupten, daß der Oberälteste den neuen Bescheid dalassen sollte, den alten aber zurückbringen sollte. Immer aber ist ein solches Vorgehen der Knappschaftsverwaltung unbillig.

7. Dem Invaliden Heinrich Sell-Günnigfeld sind Schwierigkeiten in der Erlangung der reichsgerichtlichen Invalidenrente gemacht worden. Die Zecheverwaltung, wie später das Schiedsgericht, erkannten S. die Verchristlichung der Invalidenrente zu. Trotzdem legte die Knappschaft dagegen Revision ein. Das Reichsversicherungsamt wies diese Revision aber zurück. Als dem Sell die rückständige Invalidenrente, deren Auszahlung durch die Revision aufgeschoben war, gezahlt wurde, zog man ihm von der Rente 30 Pfg. Porto ab! Dagegen wurde Beschwerde eingelegt, worauf das Porto zurückerstattet wurde.

8. Bergmann Heinrich Wiegand-Weimar wartete 14 Monate auf seine Rente und Nachricht, daß er als Invalid zu gelten hat. In dem dann erfolgten Bescheid war gesagt, daß die Invalidität schon vier Monate vor Erteilung des Bescheides ihr Ende erreicht hätte. Dadurch war dem W. die Möglichkeit genommen worden, nachzuweisen, daß noch später die Invalidität bestanden hat. Köhne gibt hier zu, daß ein Verschulden des Knappschaftsvereins vorliege. Die Angelegenheit sei verzögert worden, indem ungenügende Akte die Papiere zugestellt erhielten durch Schuld von Beamten der Knappschaft wie durch späte Erledigung der Nachfragen. Auf Befragen des Reichsversicherungsamts gibt Zeuge zu, daß er sehr wohl noch weitere Ansprüche bezüglich der Invalidität gestellt hätte, wenn ihm der Bescheid rechtzeitig zugestellt worden wäre.

9. Dem Bergmann Johann Adam-Werne war auf Grund von Denunziation das Krankengeld entzogen worden. A. litt seit vielen Jahren an Rheumatismus, zuletzt feierte er 28 Monate. Der behandelnde Arzt heißt Dr. Luder, der dem A. auch für die ganze Zeit Arbeitsunfähigkeit bescheinigte. A. erhielt anstandslos sein Krankengeld. Als er aber für die Zeit vom 3. April bis 1. Mai 1909 das Krankengeld erhalten wollte, wurde es ihm geistert. Der Kranke hatte sich einmal in einem Straßenzug gegen Nachbarn als Belästigungszeuge fungiert und zum Sanft darüber erfolgte die Denunziation. A. wurde der Trunkenheit bezichtigt, er solle an einer Feilschkeit teilgenommen sowie ein Feist bejagt haben. Der Kranke wurde zum Oberarzt Riedel bestellt und dieser stellte fest, daß sich beim Genannten Zeichen chronischen Alkoholmissbrauchs vorfinden und daß die bestehenden Schmerzen wahrscheinlich eine Folge von Alkoholmissbrauch seien.“ Die Verwaltung des Allg. Knappschaftsvereins schickte das Gutachten Riedels zum Revisar, wies ganz besonders auf dessen Feststellungen hin und verlangte Rückabfertigung. Und siehe, nun stellte sich auch Dr. Luder auf den Standpunkt Riedels! A. gab sich aber damit nicht zufrieden und strengte Klage beim Amtsgericht an und brachte hier eine ganze Reihe gegenteiliger Beweise, die meist durch Zeugen bestätigt waren, so daß sich der Knappschaftsverein genötigt sah, den Krankengeldanspruch anzuerkennen! Vor Gericht erklärte auf Befragen die Knappschaftsbeamten, daß es ihnen selbstverständlich erscheine, wenn der Revisar das Gutachten von Oberärzten zugestanden wäre. Und ersuchen das nicht so selbstverständlich, da wir trotz gegenteiliger Be-

hauptungen eine moralische Beeinflussung in solchen Zuständen zu bewirken, ob gewollt oder nicht gewollt. Immerhin ist es klar, auf Grund von schuldigen Denunziationen das Krankengeld zu sperren. Gestagt wurde überhaupt über die sehr hohen Strafen, die solche Kranken treffen, die sich auch nur das geringste zuschulden kommen lassen. Daß hierbei nicht immer nach gleichem Maße gemessen wird, auch darüber wird gestagt. Auch liegt ein Fall aus jüngerer Zeit vor, wo die Knappschaft falschen Bericht erstattete, um Krankengeldübervergrößerungen mit zu fügen!!

10. Jos. Lange-Stodum. Auch Lange sollte Mitglied sein und seine Krankheit darauf zurückzuführen sein. Darum verlangte die Knappschaft das gezahlte Krankengeld und die Kurkosten in Höhe von 123,76 Mk. zurück. Die Knappschaft ersuchte die Sachverwaltung, diese Summe dem Lange in monatlichen Raten abzuhalten, ohne Rücksicht darauf, ob der Mann über die Pfändungsgrenze verdrängt. Die Kläger geben an, daß sie gewöhnlich die Einbehaltung des Lohnes nur mit Zustimmung der Schuldner von den Sachverwaltern vornehmen lassen. Von einer solchen Zustimmung will Lange aber nichts wissen.

11. Emil Stübener-Gelsenkirchen. Obwohl an einem Wirtshaus freitags unbefähigt, war Stübener durch einen Sturz verletzt worden. Die Knappschaft verweigerte hierauf die Zahlung des Krankengeldes und forderte unberechtigtweise von St., er solle seine Schuldschuld nachweisen. St. lag sechs Monate krank ohne Krankengeld zu erhalten, bis sich vor Gericht herausstellte, daß er mit der Schlägerei nichts zu tun hatte. Er war nicht angeklagt, auch nicht angeklagt worden, an dem Schlägereiprozess überhaupt nicht beteiligt. Das hätte die Knappschaft verlangen müssen, das Krankengeld laufend zu zahlen. Knappschaftsälteste, die über die Schuldfragen am besten Bescheid geben könnten, werden nicht befragt.

12. Bergmann Johann Kinka-Gelsenkirchen. L. war wegen einem am 21. August 1905 erlittenen Unfall knappschaftlich invalidisiert. L. war Mitglied der Pensionstasse, war also nur nach § 25 des früheren Statuts pensionberechtigt. Unter dem Datum 20. Aug. 1908 ging dem L. folgender Bescheid zu:

„Nach dem uns vorliegenden ärztlichen Gutachten sind Sie nicht mehr wegen der Folgen des am 21. August 1905 erlittenen Unfalls arbeitsunfähig im Sinne der Satzung und zwar vom 25. Juni d. J. ab. Die Invalidität wegen Unfallfolgen wird daher von diesem ab aufgehoben. Da Sie aber noch arbeitsunfähig sind wegen gewöhnlicher Leiden, kann Ihre Invalidisierung einwieweil noch nicht erfolgen. Sie werden daher vom 25. Juni d. J. ab zum Vergütungsinvaliden wegen gewöhnlicher Leiden erklärt.“

Anspruch auf Zahlung der Vergütungsinvalidenrente haben Sie aber nicht, weil Sie nicht Mitglied unserer Pensionstasse sind. Die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht muß bestehen bleiben. Die Verwaltung des Allg. Knappschaftsvereins.“

Hier ist also die Invalidität wegen der Unfallfolgen aufgehoben und zwar rückwirkend und gleichzeitig die Invalidität wegen anderer Leiden wieder ausgesprochen. Was ist nun hierbei für ein Unterschied? Bei der Invalidität wegen Unfallfolgen hatte der Knappschaftsverein monatlich 15 Mark zu zahlen und bei der Invalidität wegen anderer Leiden „nichts“. Trotzdem würden wir gegen dieses Verfahren nichts einzuwenden haben, wenn richtig angewendet und namentlich in allen Fällen. Bei ständigen, pensionsberechtigten Mitgliedern haben wir jedoch die Erfahrung gemacht, daß die Aufhebung der Invalidität wegen Unfallfolgen abgelehnt wird, selbst wenn der Verletzte weit unter 50 Prozent Invalidität bezieht. Hier würde bei demselben Verfahren folgendes eintreten: Bei Invalidität wegen Unfallfolgen darf der Knappschaftsverein für seine Leistungen Ersatz aus der Unfallrente fordern und bei der Invalidität wegen anderer Leiden nicht. Es ist nun sonderbar, daß bei nicht pensionsberechtigten Mitgliedern die Invalidität wegen Unfallfolgen gegen ihren Willen aufgehoben wird und bei ständigen, pensionsberechtigten Mitgliedern gegen ihren Willen nicht aufgehoben wird. Die Ursache geht jedenfalls aus dem schon Gesagten hervor. In diesem Falle L. wurde gegen den angeführten Bescheid Berufung beim Schiedsgericht eingelegt am 21. August 1908. Wie schnell das Schiedsgericht aber arbeitet, beweist, daß gegen Ende November 1908 noch kein Verhandlungstermin angesetzt war. Unter dem 23. November 1908 wurde dem L. durch Bescheid vom Knappschaftsverein mitgeteilt, daß die Invalidität wegen Unfallfolgen wieder hergestellt sei.

13. Bergmann Karl Scheibemann-Gelsenkirchen. Sch. feierte vom 5. bis 20. Oktober 1908 krank. Krankengeld sollte er aber nur bis einschließlich 14. Oktober erhalten, weil Sch. vom Vertretungsbeamten der Knappschaft an diesem Tage nicht zu Hause angetroffen wurde. Das genügt, um dem Manne das Krankengeld zu entziehen! Der zuständige Arzt stellte sich auf Seiten der Knappschaft. Es stellte sich aber später heraus, daß Sch. am 14. Oktober einer polizeilichen Verladung gefolgt war! Das Krankengeld mußte ihm ganz ausbezahlt werden. Immerhin steht auch hier fest, daß, ohne sich näher zu befragen oder zu erkundigen, Krankengelder entzogen werden!

14. Bergmann Oskar Krafft-Buer feierte vom 22. August bis 31. Dezember 1908 krank und befand sich bis zum 27. November 1908 im Krankenhaus zu Buer. Kranke, die an Bauunternehmer als Arbeiter vergebend (!) waren, kamen, als sie Lohn tag gehabt hatten, betreten ins Krankenhaus zurück, wo sie Standa machten. A., der mit diesen Leuten nichts gemein hatte, als Stubenmädchen sie noch zu beruhigen versuchte, wurde trotzdem am 27. November angeklagt wegen Trunkenheit und Bedrohung eines stellvertretenden Krankenwärters aus dem Krankenhaus entlassen und mit 9 Mark bestraft. Auch wurde ihm für acht Tage das Krankengeld eingezogen. Erst, nachdem auf Beschwerde hin das Oberbergamt wohl eine Unteruchung angeordnet hat, ist die Strafe aufgehoben (?) und das Krankengeld zurückgezahlt worden.

15. Die Zeugen Bergarbeiter Epiter und Baue bezeugen, wie ihnen Krankengeld entzogen wurde ohne genügende Prüfung des Sachverhalts und ohne Anhörung der Kranken. Epiter feierte vom 1. Mai 1908 an Augenleiden krank und wurde am 8. September 1908 als zu Arbeiten über Tage fähig aus der Kur entlassen. Von diesem Tage ab verweigerte ihm die Knappschaft das Krankengeld, welches ihm aber bis zum 2. November zufließt; ähnlich erging es Baue. Die Verwaltung führt an, daß es doch besser ist, wenn Leute mit Augenleiden frühzeitig zu Invaliden gemacht würden, weil sie sich dann doch einen anderen Erwerb suchen und ihre Einkünfte erhöhen könnten. Selbstverständlich müßte den Leuten nachträglich das Krankengeld, um dessen Entziehung es sich in erster Linie handelte, wie vorgezeichnet, ausbezahlt werden.

16. Albrecht Grotzschmann-Dahlhausen. In diesem Falle handelte es sich um eine Satzungsauslegung, bei der das alte Statut noch mit hinein spielt. G. war Mitglied des Vereins seit dem 1. April 1899. Am 15. Dezember 1908 wurde er krank, mußte 26 Wochen feiern und wurde dann Berginvalid. Bei dem Knappschaftsverein entstand nun die Frage, von welchem Tage an hat der Mann als Berginvalid zu gelten, vom ersten Tage der Krankheit, oder aber von einem späteren Zeitpunkt an? Sollte der erste Tag der Krankheitszeit als Tag des Eintritts der Berginvalidität zu gelten, dann müßte man dem Manne die Rente nach dem alten Statut zahlen. Nach dem alten Statut waren an Berginvalidenrente und Kindergehalt für fünf Kinder insgesamt jährlich 382 Mk. zu zahlen, nach dem neuen Statut aber nur 222,60 Mk.

Bei der geplanten und auch durchgeführten Invalidisierung nach dem neuen Statut standen dem Knappschaftsverein zwei Bestimmungen im Wege. Nach § 110 der neuen Satzungen können Mitglieder, welche bis zum Eintritt der Berginvalidität weniger als 500 Wochen Beiträge gezahlt haben, die Rente nach den alten Satzungen verlangen. Der Mann hatte bis zum ersten Krankentage nur 498 Wochen gezahlt. Der Knappschaftsverein rechnete ihm nun von den letzten 26 Wochen Krankheitszeit noch sieben als Beitragswochen an. Dadurch kam die Zahl der Beitragswochen auf über 500 und der § 110 außer Geltung. Um die zweite hindernde Statutbestimmung auszuhebeln, mußte schon etwas mehr Auslegungskunst angewandt werden. Nach § 33 der neuen Satzungen und § 26 der alten Satzungen beginnt der Anspruch auf Pensionzahlung mit dem Tage, „an welchem der Verlust der Arbeitsfähigkeit eingetreten ist“. Das war im vorliegenden Falle der 15. Dezember 1908, der erste Krankentag. Der Knappschaftsverein behauptete nun, als Eintrittszeit der Pensionberechtigung und Berginvalidität habe nicht der erste Tag der Arbeitsunfähigkeit zu gelten, sondern der Tag, von dem an die Gewerbebehörde, daß die Arbeitsunfähigkeit eine dauernde sein würde. Das sei der 1. Februar 1908, denn der Medizerrat und Herr Dr. Redsch hätten ihre Gutachten dahin abgegeben, daß erst vom 1. Februar 1908 an dauernde Arbeitsunfähigkeit anzunehmen sei. Mit diesen Behauptungen hatte der Verein auch beim Schiedsgericht Erfolg. Dieses erkannte die Auslegung des § 33 als richtig an und wies den klagenden Arbeiter ab. Anders das Ober-

schiedsgericht. Dasselbe entschied, daß die knappschaftliche und schiedsgerichtliche Auslegung unrichtig sei und dem Arbeiter die Rente nach dem alten Knappschaftsstatut zuzuflehen. Der Mann erhält nun pro Jahr 180 Mk. Rente mehr.

Es sind noch einige Fälle vor der Bochumer Strafkammer verhandelt worden. Die obige Auslese genügt. Und was das schlimmste ist, es sind nur wenige Beispiele für die Klagen der Kranken und Invaliden, die sich aus der unheimlichen Handhabung bzw. Auslegung der Satzung ergeben. Die Arbeitersekretariate im Ruhrbecken behandeln jährlich hunderte, solche und ähnliche Sachen, die alle davon zeugen, wie dringend notwendig eine Änderung der bisher im Knappschaftsverein geübten Praxis ist. Notwendig ist das nicht nur im Interesse der Bergarbeiter, auch im Interesse der Knappschaftsverwaltung, wie wir gleich sehen werden. Kamerad Wagner wies auf einen Fall Knies hin. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat ihn im Jahre 1908 in drei Nummern, und zwar in längeren Artikeln, behandelt. Wagner hat nicht den richtigen Ausdruck dafür gefunden, wenn er am Gericht von einer Leidensgeschichte sprach, die Knies sechs Jahre hindurch, so lange dauerte nämlich das Verfahren, über sich ergehen lassen mußte. Freilich gehört ein starker Körper und Geist dazu, um alles das ruhig zu ertragen, was im Laufe der sechs Jahre in dem Rentenverfahren vor sich ging. Es ist die Geschichte des abenteuerlichen „Sindbad des Seefahrers“ auf knappschaftlichem Versicherungsgebiet übertragen und überfetzt. Sechs Jahre hindurch würgte man, um schließlich am Ende durch einen Vergleich die Geschichte aus der Welt zu schaffen, sonst läßen heute vielleicht noch die Herren Juristen der Knappschaftsverwaltung da, um vergebens den Knäuel der Rentenberechnung zu entwirren. „Der Fall lag sehr verworren“, so erklärte Herr Meynen vor Gericht. Herr Knies nickte mit ernster Miene, sagte aber nichts dazu!

Wir wollen unsere Kameraden vorführen mit der näheren Darstellung der Sache. Das würde uns zwingen, alle drei Artikel nochmals zum Abdruck zu bringen. Es handelt sich in der Sache selbst um eine Feststellung und Berechnung der Rente durch die Knappschaft, in die auch der § 25 des Gewerbe-Unfall-Gesetzes mit hinein spielt. Es war im Anfang die Berechnung der Rente falsch gezogen worden. Die Knappschaft hatte von K. nach Aufschick des Gelsenkirchener Arbeitersekretariats 46,86 Mark zu fordern. Die Knappschaft forderte aber 240,69 Mk., um dann später 145,89 Mk. zu verlangen. Dann gingen die weiteren Berechnungen los, unterbrochen von prozessualen Verhandlungen. Der Betrag änderte sich auf 99,91 Mk., dann auf 70,75 Mk., dann wieder auf 145,89 Mk., dann auf 30,23 Mk. bzw. 29,08 Mk., dann 99,92 Mk. Gleich darauf wird dem Knies angedeutet in einem Bescheid, daß er über einen verbleibenden Betrag von 116,81 Mk. Nachricht bekomme, aber er erhielt Mitteilung nicht über diesen, wohl über einen Betrag von 58,20 Mk. Nach der Berechnung, wie sie hierbei die Knappschaft aufstellte, standen dem K. aber nur 16,63 Mk. zu. Nicht lange und es wurden 30,55 Mk. geltend gemacht, schließlich waren es 58,31 Mk. So geht das noch eine Weile fort, einmal waren es noch Bestimmungen, die noch auszuzahlen waren, dann Schuldsummen, auf deren Rückzahlung man wartete. Wir wollen aber hier feststellen, daß nicht nur die Knappschaft, nein, auch die Berufsgegenstände und der Bezirksauschuss mitwirkten, diesen „Zergarten“, in dem sich keiner mehr zurechtfinden konnte, noch komplizierter zu gestalten. Schließlich wurde ein Vergleich abgeschlossen und die Auszahlung einer Summe an den Rentner beschlossen, die eben unter dem Vorwand von Ziffern nicht zu finden ist. Entschlossen waren auch noch 77,15 Mk. entfallen, die dem Sekretariat zugehören. K. war inzwischen in Amerika gewesen und war weiß, wo sonst noch. Nun, er kann froh sein, daß sich keiner ein Arbeitersekretariat annahm, das mit Geduld die Geschichte sechs Jahre lang nicht aus dem Auge ließ und fortgesetzt zur Erledigung der Angelegenheit trieb. Wie mag es den Leuten ergehen, die ohne Rechtsbeistand dastehen, die entweder in die Hände von Winkelkassulanten fallen oder auf sich selbst angewiesen sind. Wir fragen: Wohin führen solche Manipulationen, solche Auslegung der Satzung, solche Zergarten? Sie führen zur Erbitterung der Bergarbeiter, zu nichts anderem — — —

Schlussbemerkungen.

Aus dem vorher Mitgeteilten haben unsere Kameraden den Sachverhalt kennen gelernt. Sie selbst mögen entscheiden, ob wir endlich zueilen in dem unter Anklage gestellten Artikel geschrieben haben! Die einzelnen vorliegenden Redewendungen — nicht alle, die wir weiter oben in der Wiederholung des unter Anklage gestellten Artikels im Druck hervorgehoben haben, sind verbleibend, sondern sie ergeben sich von selbst aus der Sache heraus — sind nun einmal geschrieben. Wir können das jetzt nicht mehr ändern. Sachlich aber haben wir gar nichts zurückzunehmen und wenn tausendmal erklärt wird, der „Wahrheitsbeweis sei misslungen“. Wer mit dem Knappschaftswesen tagtäglich zu tun hat, mit der Praxis vertraut ist und mit den Opfern der geradezu oft unverständlichen Auslegungen der Satzung sich fortgesetzt beschäftigen muß, für den besteht kein Zweifel, wer gerechtfertigt aus dem Prozeß hervorgegangen ist. Und für den besteht auch kein Zweifel, daß selbst auch einmal mit solchen Worten gesagt werden mußte, wie die Dinge stehen. Haben Köhne, Meynen, Seimann mit der Verfügung Hermanns wirklich nichts zu tun, dann bedurfte es nur eines Schreibens an uns und wir hätten eine ihre Personen betreffende Erklärung ohne weiteres aufgenommen, wie früher die Knappschaftsverwaltung uns ja nicht aus dem Wege gegangen ist.

Wochen und Monate hindurch haben wir Feststellungen über die Auslegungen des Statuts gebracht, noch vor der Zeit, ehe der unter Anklage stehende Artikel erschien und auch nachher. Die Verwaltung reagierte nicht, weder mit Klagen noch mit Berichtigungen. Bis einem unserer Mitarbeiter in berechtigter Erregung über die Vorkommnisse im Knappschaftsverein einige Worte unterliehen, mit denen man sich in die Zwirnspinnen der Strafsache verwickeln kann. Da war es Zeit für die Herren Köhne, Meynen und Seimann, sich, sagen wir einmal zu — revanchieren! Herr Hermann, der Aussage der drei erstgenannten den Artikel durch seine unberechtigte Verfügung herausgefordert hat, hielt sich im Hintergrunde, obwohl auch er zu der Verwaltung gehört!!! Sein Name wurde erst am Montag im Schlußtermin genannt! Schade genug, daß der Prozeß gerade hier nicht die von uns gewünschte Wendung genommen hat. Es mag etwas Schuld von uns sein, daß wir dem Prozeß selbst nicht ganz die Bedeutung beimahen, die er inzwischen gewonnen hat. Vielleicht gelingt es uns, durch die Redaktionen in ihn nochmals aufzurollen und dann wird manches klarer und anders zum Ausdruck kommen und die Herren von der Verwaltung werden es sich dann noch überlegen müssen, ob sie lachend den Gerichtssaal verlassen. In manchem werden die Herrschaften im Knappschaftsvorstand sowie noch Rede und Antwort stehen müssen. Unsere Verbandsvorstandsältesten lehnen es ab, für das Verschulden der Verwaltung in dieser oder jener Frage den Kopf ins Boot zu stecken. Doch darüber später.

Für uns, unsere Ältesten und unsere Kameraden entsteht aus dem Prozeß die Aufgabe, zu lernen. Vor allen Dingen

dürfen die Ältesten, wo ihnen Mängel im Knappschaftswesen nach der oben gezeichneten Richtung hin bekannt werden, diese nicht mehr für sich behalten. Heraus mit der Sprachel jedes Unrecht, was im Knappschaftsverein bekannt wird, muß uns zur Kenntnis gebracht werden. Daß dann die Verwaltung zu geeigneter Zeit es mit erfährt, dafür muß und wird gesorgt werden.

In unsere Kameraden im Ruhrbecken aber richten wir die ernste u. dringende Mahnung, die Organisation auszubauen, bei den Ältestenwahlen dafür zu sorgen, daß die Verbandskandidaten gewählt werden, somit die Opposition gegen auffommende Mängel gestärkt wird. Schließlich liegt es immer noch an der Stärke der Organisation, welche Behandlung sich die Knappschaftsmitglieder gefallen lassen müssen. Je stärker der Bergarbeiterverband, desto eher werden die schlimmen heute noch vorhandenen Mängel im Knappschaftswesen verschwinden.

Aus den Berggewerbegerichten.

Spruchkammer Ost-Reddinghausen.

Unter dem Vorsitz des Bergrats Schmeppner fanden am 8. Juni vier Klagen zur Verhandlung. Der Bergmann V. klagt gegen die Zeche Schlägel und Eisen, Schacht 3 und 4 in Langenbochum, auf Zahlung von 20 Mk., welche als Vorschuß in Abzug gebracht, die Kläger aber nicht erhalten haben will. Unter Vorlegung des Vorschufscheines und Vernehmung des Zeigers V. beantragt die Zeche Abweisung der Klage. Der Zeiger Steiger V. bekennt bestimmt, am Vorklage, den 21. März d. J., dem Kläger den vorliegenden Vorschufschein ausgestellt und überreicht zu haben. Eine Vernehmungswahl wäre ausgeschlossen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Schein vormit tags oder nachmittags ausgestellt sei, kann sich der Zeiger nicht entsinnen. Der Kläger bleibt bei seiner Behauptung, seinen Vorschuf erhalten zu haben. Zum Beweise seiner Angaben gibt Kläger noch an, am 21. März d. J. Vorgeschiedigt gehabt zu haben und der Vorschuf sei nach seinen eingezogenen Einkünften am Vormittag desselben Tages erhoben worden. Der Vorsitzende schlägt mehrmals einen Vergleich vor, welcher aber von der Beklagten abgewiesen wird. Das Gericht beschließt Verurteilung zwecks Erhebung neuer Beweise und zwar von der Beklagten: 1. Vorlegung des Vorschufscheines, 2. Vorlegung des Schachtbuches, 3. Vernehmung derjenigen zwei Vergewerte, die vor und nach dem Kläger Vorschuf erhalten haben.

Der Bergmann V. klagt gegen die Zeche Reddinghausen II auf Auszahlung der Lehrhauerpapiere. Kläger begründet seine Klage damit, daß er, als er vom Schleißen abgenommen sei, 14 Tage in einem Aufhauen und 14 Tage beim Verbauen beschäftigt gewesen sei. Auch hätte er eine Schicht, als sein Kumpel gefeiert hätte, allein am Verbauen gearbeitet. Auch verlangt Kläger vom 1. Juni bis jetzt pro Schicht 50 Pf., zusammen 3 Mk. Schachenerpapiere. Dieser Schaden sei ihm auf der neuen Arbeitsschicht durch Nichtauszahlung der Lehrhauerpapiere entstanden. Der Vertreter der Beklagten beantragt Abweisung der Klage mit der Begründung, daß der Kläger die letzten sieben Monate als Gebührenschepper tätig gewesen sei. Der Kläger hätte auch die ersten sechs Monate 50 Pf. und die letzten Monate 25 Pf. weniger als seine Kameraden erhalten. Ferner wird von der Beklagten noch angeführt, daß, wenn Kläger ein Jahr als Gebührenschepper auf bestallter Zeche ausgefallen hätte, ihm auch Lehrhauerpapiere ausbezahlt worden wären. Der Vorsitzende läßt sich vom Vertreter der Beklagten die Arbeiten eines Gebührenscheppers und eines Lehrhauers auseinandersetzen. Das Urteil erging dahin, daß der Kläger kostenpflichtig abgewiesen wird. Zur Begründung wird vom Vorsitzenden angeführt, daß die Zeche die letzte Beschäftigungsart in die Arbeitszeugnisse einzutragen hatte. Daher rechtfertigte sich die Abweisung. Die 3 Mk. Schachenerpapiere waren somit hinfällig.

Als dritter klagt der Bergmann M. wider die Zeche Ewald-Berten, Schacht 1 und 2, wegen schuldungsloser Entlassung und beansprucht 35 Mk. Schadenersatz. Die Klage wird wie folgt begründet: Am 28. April in der Mittagszeit habe Kläger in seiner Arbeit Steine tippen. Diesen Bescheid konnte Kläger nicht ausführen, da die Steine nicht wohlgelegen hätten und beanspruchte anstatt Steinwagen, leere Wagen. Der aufsichtsführende Beamte verweigerte die leeren Wagen. „Und wenn Du die Steine im Berg kippt, leere Wagen bekommst Du nicht“, soll der Beamte gesagt haben. Hierdurch hätte sich ein Wortwechsel entsponnen. Ohne ernstlichen Grund mußte Kläger auf Anordnung des Beamten ausfahren. Am anderen Tage, als Kläger wieder einfahren wollte, erhielt er die Abfuhr. Die Beklagte klagt sich auf den § 22, Absatz 4, des Vergewerkes, der wie folgt lautet:

„Vor Ablauf der vertragmäßigen Arbeitszeit und ohne Aufkündigung können Vergewerte entlassen werden; Absatz 4: wenn sie eine sicherheitspolizeiliche Vorrichtung bei der Bergarbeit übertritten oder sich groben Ungehorsams gegen die den Betrieb betreffenden Anordnungen des Vergewerkschöpfers, dessen Stellvertreter oder der ihnen vorgeordneten Beamten schuldig machen.“

Der Vorsitz gegen diesen Paragraphen und Absatz wird von der Beklagten darin erwidert, der Kläger habe an dem fraglichen Tage keine Steine tippen wollen. Auch hätte Kläger den Beamten beleidigt. Von dem Kläger wird dieses bestritten. Gerne hätte er Steine gekippt, wenn nur die Bahn frei gewesen wäre. Nicht er hätte den Beamten beleidigt, sondern der Beamte ihn. Ferner hätte der Betriebsführer, als Kläger am 2. Mai d. J. seinen Lohn abholen wollte, gesagt: „Ich habe mich von der Mäßigkeit Ihrer Angaben überzeugt, Ihnen ist Unrecht geschehen, Sie können wieder anfahren.“ Der Betriebsführer bestreitet die ihm in den Mund gelegte Verurteilung und legt Verwahrung ein. Wohl hätte er gesagt: „Wenn Sie keine Arbeit haben, können Sie wieder anfahren.“ Da der Vorschlag des Vorsitzenden auf Einigung nicht beachtet wird, wird die Sache verlagert. Der Kläger hat innerhalb acht Tagen die zwei Zeugen dem Gericht anzugeben, die am 28. April d. J. den Streit mit angehört hätten. Auch muß Kläger 15 Mk. Kostenvorschuß leisten. Solange dieser nicht gezahlt ist, kann nicht in dieser Sache verhandelt werden.

Die vierte Klage richtete sich ebenfalls gegen die Zeche Ewald, Schacht I u. II. Der Bergmann V. klagt auf Auszahlung von 126,54 Mk. In dieser Sache hat schon am 11. Februar 1910 ein Termin stattgefunden. Das Berggewerbegericht erklärte sich aber für unzuständig. Das Landgericht wies die Sache an das Gewerbegericht zurück. In der heutigen Verhandlung führt Kläger folgendes aus: Am 25. August 1909 erlitt ich durch Steinfall eine Verletzung. Tags darauf schleppte ich mich zur Zeche und glaubte, arbeiten zu können. In derselben Schicht hatte Kläger dem Zeiger gesagt, am folgenden Tage nicht kommen zu können. Am 27. und 28. August hätte Kläger nicht gehen können. Am 29. August hätte er einen Verletzungsschein verlangt, aber keinen bekommen. Am 30. August hat ihn der zuständige Arzt einen Verband angelegt. Der Knappschaftsverein verweigerte die Zahlung des Krankengeldes und er hat bis heute noch kein Geld bekommen. Die Zeche weigerte sich, einen Verletzungsschein auszustellen, da Kläger wegen willkürlichem Feiern entlassen sei. Der Allg. Knappschaftsverein hat erst im Oktober 1909 einen Schein ausgestellt. Der Zeiger Sch. als Zeuge kann sich nicht erinnern, ob Kläger sich bei ihm gemeldet hätte. Auch weiß Zeuge nicht, ob Kläger die Absche erhalten hätte. Der Vertreter weist auf den § 54 der Satzungen hin, Kläger bestreitet, sich beim Ältesten Jahrgangsgemäß gemeldet zu haben. Das Gericht beschließt: Das Urteil vom 11. Februar 1910 wird aufgehoben. Der Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen. Die Kosten (auch des Berggewerbegerichtes) hat der Kläger zu tragen. Zur Begründung der Abweisung der Klage führt der Vorsitzende an, daß Kläger den Nachweis, daß er am 25. August 1909 eine Verletzung erlitten hätte, nicht erbracht habe. Die Zeche, die den Kläger entlassen hatte, hätte keine Verpflichtung, Krankenscheine auszustellen. Da Kläger entlassen war, mußte er sich an seinen zuständigen Ältesten um die Ausstellung eines Scheines wenden. Daher rechtfertigte sich die Abweisung. Da der Klagenanspruch 100 Mk. übersteigt, könne Verurteilung eingelegt werden, was jedenfalls auch geschehen wird.

Zur Reform der Berginspektion.

und nochmals Schlußbemerkungen.

Von einem Kameraden aus Bielefeld wird uns geschrieben: Wenn man hier unter den Kameraden berührt, so vergeht fast kein Tag, wo

einem nicht der eine oder andere, welcher mit den Schüttelrutschen zu tun hat, die unglaublichen Gefahren erzählt. Dieses Ausbeutungssystem wirkt geradezu mörderisch, wenn es noch unter Aufsicht von Beamten steht, denen jedes Gefühl für die Arbeiter fehlt. Jeder einzelne Arbeiter ist der Meinung, daß eine solche Einrichtung von der Bergbehörde nicht genehmigt werden dürfte. Besonders dann nicht, wenn man noch mit schlechtem Geblirge zu tun hat. Anders wäre die Sache auch nicht, wenn man andere Transportmittel nicht hätte. So leisten zum Beispiel die Transporterführer doch dieselbe Arbeit und noch besser, weil man dieselben durch Umfahrungen der Maschine doch auch den umgekehrten Weg laufen lassen kann und so den Arbeitern das notwendige Holz bis vor die Arbeitsstelle geliefert werden kann. Wenn Schüttelrutschensystem muß sich der Arbeiter in den dünnen Brettern kletternd das Holz heranschieben. Dann arbeiten die Transporterführer, wenn alles halbwegs geht, fast geräuschlos. So aber arbeiten die Leute in fast beständiger Angst. Wenn das Gangebroch zusammenbricht, so ist davon nichts zu hören und oft mußte schon ein fühner Sprung den Arbeiter hier vor einem jähen Tode retten. Aber so wohl, wenn mal ein Arbeiter dem Geblirge nicht mehr traut und an Stelle der gebrochenen Stempel neue setzen will, dann kommt schnell der Antreiber, welcher an solchen Arbeitspunkten niemals fehlt und überbrüllt noch das ohrenbetäubende Getöse der Maschinen. „Weiter arbeiten“, heißt es dann, „das ist ja gar nicht gefährlich. Das Gangebroch kommt noch nicht. Ich habe ihm das ja noch gar nicht erlaubt. Nur was ich hier befehle, das wird gemacht und auch das Gangebroch hat sich meinen Befehlen untergeordnet.“ Erstere wurden gebraucht viele Beamte, letztere nur die jüngeren unter denselben. Auch auf den tiefsten Rechen Rheinfelden und Prospekt lagen die Arbeiter sehr über Antriebskraft und Überwachungsleistung der Sicherheitsmaßnahmen beim Schüttelrutschenbetrieb. Besonders soll sich auf Rheinfelden ein Steiger Westmann hervortun. Wenn beim Umbauen der Rutschen Holz weggeschleppt werden muß und das Geblirge folgt an zu arbeiten, dann dürfen die Arbeiter kein provisorisches Holz legen. „Das ist nicht gefährlich“, heißt es dann, „wir immer vorwärts, damit die Förderung beginnen kann.“ Ebenfalls wird von Prospekt III über den Steiger Lange sehr geklagt. Als ein Arbeiter beim Zusammenbruch des Geblirges davonlief, meinte er: „Wegen so einer Kleinigkeit läuft man doch nicht weg!“ Hier bricht das Geblirge öfters zusammen, jedoch darf das gebrochene Holz nicht durch neues ersetzt werden. Wenn hier bei solchen Gelegenheiten noch keiner verunglückt, so liegt es eben, wie oben gesagt, an einem glücklichen Sprung oder Zufall. Die Arbeiter, welche nicht ein Schichtlohn breit in der Schicht herausarbeiten können, sollen nach der Schicht ohne Bezahlung das andere nachholen. So besteht wenigstens der Betriebsinspektor. Wenn auf Befehl des Steigers Lange das Gangebroch auch nicht oben bleibt, den Arbeitern aber vermag er sich sehr unangenehm bemerkbar zu machen. So bestrafte er kürzlich eine Kameradschaft von 18 Mann mit je 1 Mk. wegen zu frühem Schichtmachen. Es war 1,20 Uhr, als die Kameraden die Arbeit einstellten. Dieselben mußten dann noch ihr Geblirge fortbringen. Auch haben sie ungefähr eine halbe Stunde zu laufen, bis sie am Schacht ankommen. Einige kamen noch zu spät zur Seilfahrt. Aber macht nichts! Der Wille des Steigers ist maßgebend.

Wie es scheint, hoffen trotzdem die Bergarbeiter noch auf gütliche Aenderung von oben. Maßnahmen und Pläne sind hier niemals Erleichterung bringen. Wenn man nicht dazu übergehen will, durch eine starke Organisation Besserung zu schaffen, dann wird Kumpel Bergmann noch zum Wert des Bergwerkes herabgedrückt werden.

Aus unseren Rechtschutzbureaus.

Der Wert des Rechtschutzes für die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes.

1. Der Bergmann W. in Wexen erlitt am 17. Oktober 1900 auf dem Gesamtsteinlohnwerk in Oberkirchen einen Betriebsunfall. Zunächst erhielt er die Vollrente, später 70 Proz. der Vollrente. Vom 30. März bis 18. April 1900 fand die Knappschafts-Versicherungsgesellschaft W. nach dem Gesamtlohnwerk zu Stüttert bei Leipzig, angeblich zum Zweck eines Heilverfahrens. Von hier aus erkrankte Prof. Dr. Windscheid ein Gutachten, welches die Erwerbsunfähigkeit bei W. auf 20 Proz. schätzte. Auf Grund dieses Gutachtens setzte die Versicherungsgesellschaft die Rente auf 20 Proz. herab. W. wandte sich nun in seiner Vertrauensseligkeit an die „berühmte“ amtliche Rechtschutzhilfe des Gesamtsteinlohnwerks Oberkirchen und diese legte gegen die Herabsetzung der Rente auf 20 Proz. Verurteilung ein. — Wir bemerken hierbei, daß diese amtliche Rechtschutzhilfe durch Schreiben an die Versicherungsgesellschaft die Herabsetzung der Rente veranlaßt hatte! Also erst sorgt man für Herabsetzung der Rente und dann legt man gegen die selbst herbeigeführte Herabsetzung Verurteilung ein. Das ist bald schlimmer, wie bei vielwanderten Winkeladvokaten. — Vom Schiedsgericht wurde W. mit seiner amtlichen Verurteilung abgewiesen. Nunmehr wandte sich W. an das Rechtschutzbüro des Bergarbeiterverbandes. Wir legten Nekurs ein und machten geltend, daß es sich bei dem 14tägigen Aufenthalt des W. in Stüttert nicht um ein Heilverfahren im Sinne des § 23 G.-U.-V.-G., sondern nur um die Beobachtung zur Erkennung eines Gutachtens gehandelt habe. Da W. die 70 Proz. Rente seit dem Jahre 1902 bezog, so konnte die Rente in diesem Falle nicht durch Verzicht der Versicherungsgesellschaft wie geschehen, sondern nur auf Antrag durch das Schiedsgericht geführt werden. Ferner wiesen wir darauf hin, daß die Aufforderung an W., sich in die Heilanstalt nach Stüttert zu begeben, nicht die im § 76 Vb. 4 G.-U.-V.-G. vorgeschriebenen Angaben enthalte. Das Reichsversicherungsamt schloß sich diesen Gründen an, hob die Schiedsgerichtsentscheidung wie auch den Verzicht der Versicherungsgesellschaft auf und W. erhält seine 70 Proz. wieder.

Also die hochgelobten Herren der amtlichen Rechtschutzhilfe in Oberkirchen kannten die gesetzlichen Bestimmungen so wenig, daß sie die flagranteste Verletzung der Versicherungsgesellschaft nicht merkten. Erst ein Institut, welches von einfachen Arbeitern verwaltet wird, mußte darauf aufmerksam machen und verhalf dem Arbeiter zu seinem Recht.

2. Die Frau des Bergmanns Wolf in Weddendorf arbeitete tageweise beim Landwirt Steege daselbst und verunglückte am 17. August 1908 beim Führen einer Kuh schwer. Die landwirtschaftliche Versicherungsgesellschaft gewährte ihr von der 14. Woche an Unfallrente. Wolf wandte sich an Steege um Ersatz der Kurkosten. Steege lehnte ab und wandte sich Wolf nun an den Winkeladvokaten K. in Maderberg. Dieser „Dr. jur.“ schrieb und fotografierte nun Briefe, was das Zeug hielt und bombardierte damit die Haftpflichtversicherung, in der Steege versichert war und ebenso Steege, bis er endlich einfiel, daß dort nichts zu holen war als 75 Mk., die die Haftpflichtkasse freiwillig als Unterstützung infolge Unmut des W. gezahlt hatte, ohne aber eine Zahlungsverpflichtung damit anzuerkennen. Rast erfuhr Wolf, sich damit zufrieden zu geben, da nicht mehr zu erreichen sei! Wolf kam nunmehr zu uns und wir sagten ihm, daß er mit seinem Vertreter K. auf dem Holzwege sei. Weder von der Haftpflicht, die sich nur auf Unfälle außerhalb der gewöhnlichen Unfallversicherung erstreckt, noch von Steege könne er Ersatz der Kurkosten verlangen, da seine Frau weder zum Gehirne gehörte, noch Krankenversicherungspflichtig gewesen sei. Er müsse sich auf Grund des § 27 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft an die Gemeinde Weddendorf halten. Wir stellten Antrag an die Gemeinde Weddendorf auf Ersatz von 138 Mk. Stößen des Gelberfahrens aus dem Unfall. Der Bürgermeister lehnte mit allerhand Purzelbäumen ab. Der Landrat als Beschwerdebefugter machte sich die Sache auch nicht schwer und lehnte im wesentlichen mit den Gründen des Bürgermeisters auch ab. Nun folgte Klage beim Bezirksausschuß; eine Reihe Erklärungen und Einwendungen des Bürgermeisters nötigten uns, die Einwendungen des Bürgermeisters zu widerlegen. Der Herr wurde bald eines besseren belehrt. Der Bezirksausschuß verurteilte die Gemeinde Weddendorf zur Zahlung von 138 Mk. an den Kläger.

3. Der Grubenaußseher Wilh. Möbbs aus Renndorf verunglückte im Jahre 1900 auf dem Gesamtsteinlohnwerk in Santorf am Deister, indem ihn ein Grubenpferd an den Stredenstoß drückte und mit den Füßen gegen den Wagen schlug. W. verlor seinen Dienst in der Schicht wohl weiter. Klage aber von Stunde an über Hebelkeit und Magenbeschwerden. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und erhielt Unfallrente. Im Jahre 1908 fand W. in der Anspruchs der Witwe auf Gewährung der Hinterbliebenenrente wurde abgelehnt, da alle ärztlichen Gutachten bejahten, daß W. an Magenkrebs gestorben sei und dieser mit dem Unfall nicht im Zusammenhang stehe; ein Magenkrebs führe in höchstens drei Jahren zum Tode, der Unfall des W. sei aber acht Jahre her. Auf vom Schiedsgericht wurde die Witwe abgewiesen. Nachdem die Frau in ihrer Notlage bei der Grubenverwaltung, beim Pfarrer und sonstigen Seiten verzweifelt

Hilfe gesucht hatte, kam sie kurz vor Todesstich, d. h. vor Ablauf der Nekursfrist, zu uns. Wir legten Nekurs ein, stellten Erhebungen an über den Verlauf der Krankheit seit dem Unfall und stellten fest, daß W. seit dem Unfall über Magenbeschwerden klagte, Blutspucken und Blutbrechen hatte. Dieser Zustand verschlechterte sich von Jahr zu Jahr, bis W. überhaupt fast nichts mehr genießen konnte und starb. Wir behaupteten in der Begründung des Nekurses, daß W. bei dem Unfall eine Magenverletzung davongetragen habe und hieraus später der Krebs entstanden sei und beantragten Beweisführung. Das Reichsversicherungsamt gab diesem Antrage statt. Auf Grund der eideschwörenden Aussagen der von uns benannten Zeugen holte das Reichsversicherungsamt von Prof. Dr. Thiem in Kottbus ein Obergutachten ein. Dieses ergab dahin: Nach den eideschwörenden Aussagen der Zeugen sei eine Magenverletzung bei dem Unfall mit Sicherheit anzunehmen. Mit großer Wahrscheinlichkeit sei anzunehmen, daß aus der Magenverletzung sich mit der Zeit Wucherungen und endlich der Krebs gebildet habe, der den Tod verursacht habe. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit stehe somit der Tod des W. in ursächlichem Zusammenhang mit dem Unfall. Daraufhin beurteilte das Reichsversicherungsamt die Knappschafts-Versicherungsgesellschaft zur Zahlung der Hinterbliebenenrente und erhielt die Witwe W. für zwei Jahre rückständige Rente ausgezahlt. Während dankte uns die Frau für unsere Mühe. Eine Wohnung für alle Bergarbeiterfrauen!

4. Der Bergmann Schöppe in Trögen erlitt im Jahre 1908 eine Verletzung der Wirbelsäule und des Kopfes auf Schacht Justus bei Volpreichhausen. Einen Monat erhielt Schö. die Vollrente, dann setzte man ihm die Rente auf 80%, Proz. herab. Eine Verurteilung ans Schiedsgericht war erfolglos. In dem Nekurs ans Reichsversicherungsamt wiesen wir durch Beweisaufnahmen nach, daß Schö. infolge der Kopfverletzung an Anfällen leide und kaum einen Weg von einer halben Stunde zurücklegen imstande sei. Das Reichsversicherungsamt erhöhte die Rente auf 80 Proz.

5. Der Bergmann Gebrüder in Lüthken verunglückte im Jahre 1908 auf dem Natwitzer Friedrichsberg. Die Versicherungsgesellschaft bewilligte auf Grund eines Gutachtens des Herrn Dr. Schepelmann in Halle 85 Prozent. Verurteilung hiergegen wurde vom Schiedsgericht in Halle zurückgewiesen. Im Nekurs wiesen wir durch ein Gutachten des Herrn Dr. Kantorowicz in Hamburg, sowie an der Hand von Lohnzetteln nach, daß G. mindestens um 50 Prozent in seinem Erwerb geschädigt sei. Das Reichsversicherungsamt sprach G. ab 31. Dezember 1908 50 Prozent Rente zu.

Wir können natürlich nur einige der wichtigsten Fälle veröffentlichen. Groß ist die Zahl der kleineren Rentenstreitsachen, die von Erfolg waren. Ebenso waren eine Reihe Lohnklagen, Knappschafts- und sonstige Sachen von Erfolg. Das sind Beispiele, wie segensreich der Rechtschutz des Verbandes für unsere Mitglieder ist und das ist gleichzeitig eine Mahnung an die Unorganisierten, wie notwendig es für jeden Bergarbeiter ist, sich unter den Schutz des Bergarbeiterverbandes zu stellen.

Wir bemerken noch, daß alle diese Sachen vom Zentralarbeitssekretariat in Berlin für uns vor dem Reichsversicherungsamt vertreten wurden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Lage des deutschen Kohlenbergbaues in 1909 und im ersten Viertel 1910.

Der Jahresbericht des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins, der soeben der Öffentlichkeit übergeben wurde, befaßt sich eingehend mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der deutschen Kohlenindustrie. Während im Jahre 1909 bis in den Sommer hinein noch vorwiegend ungünstige Verhältnisse herrschten, machten sich im Herbst und im Januar 1900 vorübergehende Anzeichen einer Belebung bemerkbar, die jedoch in den folgenden Monaten wieder wichen und erst im September nachdrücklicher ausstritten. Der Herbst und die Wintermonate führten dann zu einer andauernden Steigerung der industriellen Tätigkeit, die im Frühjahr 1910 wieder einer Verschlechterung Platz machte. In Oberdeutschland setzte das Jahr 1909 nicht ungünstig ein, aber bereits im Februar verschlechterte sich die Lage; erst im Juli zeigte sich eine kleinere Verbesserung, die mit Ausnahme der Monate September und Oktober in den letzten Monaten des Jahres zu einer erheblichen Erhöhung der Beschäftigung der Werke führte. Die eigentlichen Wintermonate und das erste Vierteljahr 1910 brachten wieder eine wesentliche Verschlechterung der Lage.

In den Braunkohlenrevieren herrschten in den ersten vier Monaten des Jahres 1909 sehr ungünstige Verhältnisse. Vom Mai ab trat ein Aufschwung ein, der sich in den folgenden Monaten langsam fortsetzte und im September, Oktober und November zu vorwiegend flotter Tätigkeit führte. Vom Dezember ab sank der Beschäftigungsgrad wieder wesentlich infolge des außergewöhnlich milden Wetters, das den gesamten Absatz aller Kohlenarten stark hintanhaltete und auch im ersten Vierteljahr 1910 keine Besserung brachte.

Die Produktions- und Absatzverhältnisse zeigten das Ergebnis, daß die Zunahme der Braunkohlenproduktion — wie schon in den früheren Jahren wiederum stärker als die der Steinkohlenförderung gewesen ist. Die deutsche Steinkohlenförderung stieg von 147 671 149 T. im Jahre 1908 auf 148 968 816 T. im Jahre 1909, erfuhr also eine Steigerung um 1 295 667 T. = + 0,87 Proz. Die deutsche Braunkohlenförderung wuchs von 67 615 200 T. im Jahre 1908 auf 68 355 484 T. im Jahre 1909. Der Zuwachs betrug demnach 740 284 T. = + 1,1 Proz.

Bei flüchtiger Betrachtung muß es überraschen, daß trotz des Darniederliegens der gewerblichen Tätigkeit und des dadurch bedingten Minderbedarfs der Industrie an Brennstoffen auch noch im letzten Jahre in der aufsteigenden Entwicklung der Kohlengewinnung im Deutschen Reich kein Stillstand eingetreten ist. Allerdings ist die Zunahme der Förderung von Steinkohlen und Braunkohle bei weitem nicht so stark gewesen wie im Jahre 1908, wo sie ungeachtet des Niederganges der Konjunktur noch 3,8 bzw. 6,6 Proz. betragen hatte. Die Erklärung dafür dürfte vor allem wohl darin liegen, daß die Fortentwicklung Deutschlands zum Industriestaat auch durch den Eintritt einer wirtschaftlich ungünstigen Periode nicht aufgehalten wird, und daß die natürliche Bevölkerungs Zunahme einen steigenden Kohlenbedarf bedingt. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Mehrproduktion nicht ganz vom Markte aufgenommen worden ist, sondern daß erhebliche Mengen an Lager genommen werden mußten. Des weiteren gebot die geringe Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes eine gesteigerte Kohlenausfuhrleistung, die in bezug auf die Menge eine Ausdehnung von 8,3 Proz. gegen das Vorjahr erfahren hat; auch die Kohlenzufuhr Deutschlands ist im Jahre 1909 um 1,1 Proz. gestiegen.

Trotz der Mehrproduktion, die das abgelaufene Wirtschaftsjahr dem Vorjahre gegenüber aufweist, bildet doch die deutsche Braunkohlenindustrie mit ziemlich geteilten Gefühlen auf das Jahr 1909 zurück. Während die letzten Jahre der Braunkohlenindustrie einen recht lebhaften Absatz gebracht haben, trat im Jahre 1909 in den meisten Bezirken eine Periode des Stillstandes ein.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Bauarbeiterausperrung verurteilt!

Nach neun Wochen der Aussperrung haben die Bauherren eingesehen, daß sie die Aussperrung der Bauarbeiter nicht mehr aufrecht erhalten können. Als die wirtschaftlich und moralisch Gefährungen müssen sich die Herrschaften vom Kampfplatz zurückziehen. Der Erfolg der kämpfenden Arbeiter im Baugewerbe ist zu begrüßen auch als eine Tat, die ihre Wirkung auf die Schmach anderer Berufe nicht verfehlen wird. Mit der Aufhebung der Aussperrung, die sich nicht überall gleich vollzieht, ist der Kampf aber noch nicht zu Ende. Am Donnerstag, den 16. Juni, hat das Schiedsgericht unter dem Vorsitz Dr. Wiedefeldts in Dresden folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Die gegenwärtigen tariflichen Löhne werden während der Vertragsdauer im allgemeinen um 5 Pf. erhöht. In Orten, die nach der letzten Volkszählung weniger als 5000 Einwohner hatten, wird der tarifliche Lohn um 4 Pf. erhöht.

Gebören solche Orte nach dem letzten Tarifvertrage zum Vertragsgebiet eines größeren Orts, so tritt auch hier eine Lohnerhöhung von 5 Pf. ein.

Die Anrechnung bisher gewährter Lohnerhöhungen ist technisch schwer möglich, würde zu Ungerechtigkeiten führen und den Abschluß der Bewegung stark verzögern und mußte daher abgelehnt werden.

Die Lohnerhöhungen haben in folgender Weise stattzufinden:

1. wo 5 Pf. gewährt werden: sofort 1 Pf., am 1. April 1911 2 Pf., und am 1. April 1912 wieder 2 Pf.;

2. wo 4 Pf. gewährt werden: sofort 1 Pf., am 1. April 1911 2 Pf. und am 1. April 1912 1 Pf.

II. Die Arbeitszeitverkürzung in Orten mit mehr als zehn stündiger Arbeitszeit wird dahin geregelt, daß in Orten, wo eine mehr als 10 stündige Arbeitszeit besteht, dieselbe vom 1. April 1911 an auf 10 1/2 Stunden und vom 1. April 1912 an auf 10 Stunden verkürzt wird. In Orten, wo sie nicht mehr als 10 1/2 Stunden beträgt, hat sie vom 1. April 1911 an 10 Stunden zu betragen.

In Frankfurt a. M., Offenbach, Mannheim, Ludwigshafen und Wiesbaden wird die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden ab 1. April 1911 herabgesetzt. Für alle übrigen Orte und Lohngebiete wird, soweit sie jetzt 10 stündige Arbeitszeit haben, eine Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt.

In den genannten fünf Orten tritt mithin die Lohnerhöhung in folgender Weise ein: Sofort 2 Pf., am 1. April 1911 4 Pf., am 1. April 1912 2 Pf. bzw. in Offenbach und Wiesbaden sofort 2 Pf., am 1. April 1911 3 Pf. und am 1. April 1912 2 Pf. Soweit in diesen Städten die Lohnerhöhung mehr beträgt als der Lohnausgleich, gilt sie als Entschädigung für besondere Teuerungserhöhlungen. Im übrigen wird die Einführung einer Teuerungszulage jedoch abgelehnt.

III. Wo die Differenz zwischen dem Lohn der Maurer und dem tariflichen Höchstlohn der Bauhilfsarbeiter über 13 Pf. beträgt, soll sie im zweiten Vertragsjahre durch Erhöhung des Bauhilfsarbeiterlohns um 1 Pf. ausgeglichen werden.

IV. In Orten unter 10 000 Einwohnern, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit während der Vertragsdauer eine Stunde beträgt, tritt der volle Lohnausgleich nur zur Hälfte ein. In den übrigen Orten tritt er in voller Höhe ein.

V. Die Nebenbedingungen des Vertrags werden zur Verhandlung an die örtlichen Anzeigen verwiesen und werden endgültig entschieden durch die hierzige zweite Instanz. Die Verhandlungen müssen bis 8. Juli d. J. zu Ende geführt sein; die zweite Instanz hat bis 15. Juli d. J. endgültig zu entscheiden.

Die Parteien vereinbaren folgende Einfügungen in das Tarifvertragsmuster:

1. In § 3 (Überstunden) wird am Schluß des Absatzes 1 hinter das Wort „arbeiten“ eingefügt: „in letzterem Falle, wenn hiervon das technische Gelingen einer Arbeit abhängig ist“.

2. In § 4 (Arbeitslohn) wird ein neuer Absatz angefügt mit folgendem Wortlaut: „Diese Vereinbarung hat innerhalb der ersten sechs Tage nach Eintritt der Arbeit zu erfolgen, andernfalls der tariflich festgesetzte Lohn zu zahlen ist“.

Dieser Schiedsspruch findet nicht überall bei den Bauarbeitern Anklang. Meist die Opposition bestehen, dann wird in diesem und jenem Bezirk der Frieden noch nicht hergestellt werden. Die Maurer werden auf einem Verbandstag Stellung nehmen zu dem Schiedsspruch und es ist fraglich, ob er auch dort Anklang finden wird.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909.

Ausbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in einer zu Nr. 23 des „Correspondenzblattes“ herausgegebenen Beilage die Statistik über „Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909“. Diese Arbeit gewährt wieder wie die Statistiken der früheren Jahre ein anschauliches Bild von einem bestimmten Teil gewerkschaftlicher Tätigkeit. Die Wirksamkeit der Kartelle liegt auf dem Gebiet, sie sind dazu berufen, die Gewerkschaften in einem organischen Ganzen zusammenzufügen, die in ihrem Tätigkeitsbereich der gewerkschaftlichen Entwicklung entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen, um damit der Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung den Boden zu bereiten.

Während des Berichtsjahres hat sich der Bestand der Kartelle um 31 vermehrt. 1908 betrug ihre Zahl 823 und am Schluß des Jahres 1909 854. Von den 654 Kartellen sind 619 = 94,65 Proz. an der Statistik beteiligt. Der Ausfall von 35 Kartellen aus der Statistik ist zwar bedauerlich, jedoch wird dadurch ihr Einfluß nur unerheblich beeinflusst, da es sich in der Hauptsache nur um kleinere Kartelle mit geringeren Mitgliederzahlen handelt.

Aus der Berichterstattung der Kartelle über die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften und Mitglieder läßt sich bereits erkennen, daß der im Jahre 1908 bei den Zentralverbänden festgestellte Rückgang an Mitgliedern im Jahre 1909 wieder ausgeglichen wurde. Die Zentralverbände haben die ihnen durch die wirtschaftliche Krise auferlegte Belastungsprobe gut überstanden. Das innere Gefüge der Organisationen konnte nicht erschüttert werden, es ist im Gegenteil gefestigter denn je. Der stattgefundene Rückgang der Mitglieder stellt sich nur als eine flüchtige Unterbrechung des Wachstums der Verbände dar. Mit vermehrter Kraft geht es wieder aufwärts!

Den 619 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8548 Gewerkschaften mit 1 619 666 Mitgliedern angeschlossen. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden 8520, die zusammen 1 612 449 Mitglieder zählen. Im Jahre 1908 wurden 8400 Zweigvereine mit zusammen 1 655 101 Mitgliedern als den Kartellen angeschlossen gezählt. Das ist ein Mehr von 120 Zweigvereinen und 57 348 Mitgliedern. Nur zu einem ganz geringen Teil ist diese Zunahme auf den Konto der 13 Kartelle zu setzen, die an der diesjährigen Statistik mehr beteiligt sind. Es kommt vielmehr dabei das Wachsen der Mitgliederzahlen der Zentralverbände zum Ausdruck.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Zentralverbände ist von 394 auf 330 zurückgegangen. Es wäre nur zu wünschen, daß sich auch in der Folgezeit die Zahl der nicht angeschlossenen Zweigvereine ständig verringert, so daß deren Zusammenschluß auf örtlichem Gebiet schließlich als vollständig angesehen werden kann. Es sind dann noch außer den Zweigvereinen der Zentralverbände den Kartellen insgesamt 23 sonstige Gewerkschaften mit zusammen 7217 Mitgliedern angeschlossen. Dabei kommt hauptsächlich der Verband der süddeutschen Eisenbahnarbeiter in Betracht, der mit 23 Zweigvereinen, die 6840 Mitglieder zählen, den Kartellen angeschlossen ist. Ferner sind noch angeschlossen der Verband der technischen Bühnenarbeiter mit 4 Zweigvereinen, die 334 Mitglieder zählen, und schließlich dem Werner Kartell ein Zweigverein des Verbandes der Zeichner mit 43 Mitgliedern.

Außer den vorbenannten Gewerkschaften gehören den Kartellen noch Organisationen an, die zwar wirtschaftliche Ziele verfolgen, jedoch nicht als Gewerkschaften angesprochen werden können. Es sind dieses folgende: Der Verband der freien Oajtmirte mit 19 Zweigvereinen; der Verband der Hausangehörten und Diensthöten mit 3968 Mitgliedern in 18 Zweigvereinen; ferner ein Zweigverein des Verbandes der Gändler.

Teilen wir die Kartelle in vier Gruppen, so stellt sich dem Umfang nach deren Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften folgendermaßen dar: Es sind angeschlossen 429 Kartellen (1908: 419) je 2–13 Gewerkschaften; 140 Kartellen (1908: 141) je 16–30 Gewerkschaften; 44 Kartellen (1908: 39) je 30–50 Gewerkschaften und 6 Kartellen (1908: 7) je über 50 Gewerkschaften.

Die Bedeutung der Kartelle wird jedoch nicht lediglich bestimmt durch die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften, sondern es kommen dabei auch deren Mitgliederzahlen in Betracht. Es sind angeschlossen 255 Kartellen (1908: 240) bis je 500 Mitglieder, 314 Kartellen (1908: 312) je 501 bis 5000 Mitglieder, 40 Kartellen (1908: 44) je 5001 bis 25 000 Mitglieder und 10 Kartelle (1909: 9) haben einen Beschäftigten von über 25 000 Mitgliedern.

Aus den zum Vergleich gegenübergestellten Zahlen der Jahre 1908 und 1909 ist ersichtlich, daß sich die kleineren Kartelle vermehrt haben. Bei der Erweiterung des Kartellbestandes kommen eben nur noch kleinere Orte in Frage, da größere oder solche mit erheblicher gewerblicher Bevölkerung schon Kartelle besitzen. Zu der Gruppe der Kartelle mit über 25 000 Mitgliedern gehören die Orte: Berlin (231 911), Chemnitz (25 842), Dresden (53 140), Frankfurt am Main (32 365), Hamburg (98 645), Hannover (34 982), Leipzig (60 718), München (56 332), Nürnberg (40 265), Stuttgart (25 719). Somit gehören zehn Kartelle haben seit 1908 eine Zunahme an Mitgliedern erfahren, die sich insgesamt auf 32 698 bezieht. Bei Berlin und Dresden ist diese Zunahme zum Teil auf erfolgten Anschluß anderer Kartelle zurückzuführen. Chemnitz ist zu den Kartellen, die über 25 000 Mitglieder zählen, neu hinzugekommen.

Der Verband der Maschinisten und Seiger

der im Mai seine Generalversammlung abhielt, zählte am Schluß des Jahres 1909 in 252 Zahlstellen 18 516 Mitglieder gegen 17 450 am Anfang des vorhergehenden Jahres. Das erste Quartal 1910 hat einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs gebracht, jedoch der Rückgang früher

Goffnung der weiteren Entwicklung entgegensteht. Sehr gut entwickelt haben sich im letzten Jahre die Zählstellen Bremen, Kiel, Dresden, Leipzig, Rast, Frankfurt a. M., Düsseldorf sowie die Gebiete der Elb- und Rheinischfahrr. Die Fluktuation ist leider eine sehr starke; denn in den beiden Geschäftsjahren sind neu aufgenommen 9441 Mitglieder, während die effektive Zunahme 2000 Mitglieder beträgt.

Die Rentalkasse vereinbarte 574 755 Mark und verausgabte 516 042 Mark. Der Kassenbestand ist von 74 202 Mk. auf 183 000 Mk. gestiegen; in den Rentalkassen befinden sich beinahe 50 000 Mk. Die Unterhaltungsbeiträge abforderten große Mittel: Arbeitslosenunterstützung 208 807 Mk., Sterbegeld 24 475 Mk., Nachschuß 3781 Mark, Umzugsgeld usw. 2183 Mk., an Ausgabe 12 038 Mk., an Gemeinnützige 27 708 Mk., Unterstützung an Streikende 25 537 Mk.

An Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen waren 757 Maschinen und Heizer beteiligt. Erfreulicherweise verliefen diese Aktionen zum größten Teil mit gutem Erfolg. Auf gutem Wege wurden für 2180 Betreffte wesentliche Verbesserungen erzielt, in einigen Fällen bis zu 6,50 Mk. Lohnsteigerung und Verfürgung der Arbeitszeit bis 14 Stunden pro Woche. Auch Tarifabschlüsse wurden in vielen Fällen zum Abschluß gebracht bzw. alte Abschlüsse erneuert. So bietet der Bericht ein Bild regen Verbandlebens. Das Gauleiter-system hat sich vorzüglich bewährt, so daß der Vorstand dessen Ausbau nur befürworten könne. Wie der Vorsitzende noch mitteilt, beträgt die Mitgliederzahl gegenwärtig 19 124.

Ratholische Arbeitervereine als Gelbe.

Es handelt sich nicht um die Berliner Richtung, sondern um diejenigen katholischen Arbeitervereine, die sich um die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ gruppieren, die in den saarbrückischen Südtönen von den Werken gegründeten Hüttenvereinen angehören. Welche dieser Vereine gehören gar noch christliche Gewerkschaftsmittelglieder an? Die Verbindung der katholischen Arbeitervereine mit den Gelben zeigt sich in folgenden von der „Saarpost“ am Donnerstag den 18. Juni 1910 veröffentlichten Anschlag der Güte in Wülflingen.

Am 4. Juni erließ die Verwaltung der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke folgende Bekanntmachung durch Anschlag:

„Bekanntmachung.“

Der Vorstand des katholischen Arbeitervereins hat unterm 12. Mai schriftlich erklärt:

1. Daß er die von einer großen Anzahl von Mitgliedern (des „gelben“ Hüttenvereins) beantragte Generalversammlung, in der über die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ verhandelt werden sollte, nicht einberufen wird;

2. daß er an der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ auch in Zukunft als Vereinsorgan festhält.

Nachdem demnach eine Verständigung mit dem katholischen Arbeiterverein gescheitert ist, erklären wir folgendes:

Wenn der katholische Arbeiterverein, trotzdem er die Wichtigkeit der von uns gitterten Zeitungsausdrücke anerkennt und nicht einsehen will, daß die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ ein gewerkschaftliches Organisationsblatt ist, und wenn er nicht zugibt, daß er mit dem Vertrieb dieses Gewerkschaftsblattes die antigerwerkschaftliche Tendenz unseres Arbeitervereins verletzt, so mag er für diese Logik Verständnis haben, wir nicht. Alle uns steht das klar und fest vor Augen, daß wir für sorgen und zu bekämpfen, daß einem Teil unserer Mitglieder vom katholischen Arbeiterverein möglichst ein Blatt ausgeteilt wird, das unseren Werksverein auf's schärfste bekämpft und beschimpft. Wir werden daher eine reinliche Scheidung der Mitglieder beider Vereine herbeiführen. Wer bis zum 21. d. M. bei dem unterzeichneten Präsidium seine Erklärung noch nicht abgegeben hat, ob er in unsern Vereinen oder im katholischen Arbeiterverein bleiben will, wird ausgeschlossen. Niemand kann zwei Herren zugleich dienen. Ein ehrlicher Mann kann daher nicht einem Verein beitreten, worin antigerwerkschaftlich ein gewerkschaftliches Organisationsblatt vertrieben wird. Durch diese Bewegung erleidet die deutsche Industrie Schaden. Ein echter Hüttenmann muß fest verbunden mit der Güte sein. Wer daher nicht bis zum 21. d. M. seinen Austritt aus dem katholischen Arbeiterverein erklärt hat, gegen den wird dann sofort ein Verfahren eingeleitet werden.

Vereinigung der Arbeitervereine der Wülflinger Güte.

O weh, soll die Brüderschaft zwischen den Christlichen und Gelben wirklich in die Brüche gehen?

Knappschaffliches.

Der Verwaltungsbericht des Allgemeinen Bodmer Knappschaffvereins für 1909

ist soeben erschienen. Gleichzeitig mit ihm eine sauber ausgestattete Denkschrift zur Einweihung des neuen Verwaltungsgeläudes am 18. Juni 1910. Die Denkschrift enthält eine ganze Reihe von Aufzählungen über die Gründung und Entwicklung der Knappschaff im Ruhrbezirk und ihre Geschichte bis auf den heutigen Tag. Prächtige Lichtphotographien geben uns Bilder wieder vom alten und neuen Knappschaffgebäude, vom Inneren des letzteren, von den Zweigbüreauen, den Knappschaffkantenhäusern und den Gensungsanstalten.

Der Verwaltungsbericht ist in schmuckvoller Einband wie bisher erschienen. Er enthält überflüssige Zusammenstellungen über das Wirken des Knappschaffvereins, sein Geschäftsgefahren, über die gesundheitlichen Verhältnisse usw.

Die Mitgliederzahl ist von 343 325 im Jahre 1908 auf 348 389 im Jahre 1909 gestiegen.

Die Kassenabgänge zeigten folgende Entwicklung:

Einnahmen:			
		1908	1909
Krankenkasse	: : .	19 085 465,07 Mk.	19 258 055,36 Mk.
Pensionskasse	. . .	29 729 081,39 "	28 387 780,39 "
Invalidenversicherungskasse.		7 050 380,13 "	7 133 988,40 "
Summa		55 844 926,59 Mk.	54 779 824,15 Mk.
Ausgaben:			
Krankenkasse	. . .	15 294 177,16 Mk.	17 628 081,56 Mk.
Pensionskasse	. . .	14 921 507,04 "	15 827 629,95 "
Invalidenversicherungskasse.		5 149 000,89 "	5 483 185,59 "
Summa		35 364 685,09 Mk.	38 416 777,10 Mk.
Ueberschuß:			
Krankenkasse	: : .	3 771 287,91 Mk.	1 631 993,80 Mk.
Pensionskasse	. . .	14 807 574,35 "	13 060 250,44 "
Invalidenversicherungskasse.		1 901 378,24 "	1 670 802,81 "
Summa		20 480 240,50 Mk.	16 363 047,05 Mk.

Das Vermögen des Vereins betrug:

	1905	1906	1907	1908	1909
	84 482 781,19 Mk.	94 252 775,74 „	105 985 752,67 „	130 786 640,21 „	150 181 725,70 „

Die Vermehrung des Vermögens steigt in einem überraschenden Tempo. Es verteilt sich das Vermögen in folgender Weise

	Krankenkasse	Pensionskasse	Invalidenversicherungskasse
1908	3 819 097,38 Mk.	80 989 420,83 Mk.	45 978 122,00 Mk.
1909	5 622 664,99 „	96 278 036,50 „	48 281 024,28 „

Unter den 348 389 Mitgliedern gab es am 31. Dezember 1909 329 736 Reichsdeutsche und 218 160 Ausländer, darunter Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie 18 591, Holländer 5132, Italiener 2814, Russen 1042, Belgier 252 und sonstige Ausländer 329. Die Zahl der Reichsdeutschen, welche aus den bürgerlichen Teilen des deutschen Reichs, nämlich aus Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Oberschlesien stammen, betrug 129 011.

Der Wechsel unter der Belegschaft betrug 1909

	Zugang	Abgang
	179 959	178 263

Es sind also pro 100 Mitglieder zugegangen 52, abgegangen 51. Die Zahl der Mitglieder, die der ersten Lohnklasse angehören, fiel von 240 070 im Jahre 1908 auf 225 292 im Jahre 1909 oder von 100 Mitgliedern von 70 auf 64,7. Diese wie die vorhergehenden Zahlen lassen auf den Stand der Konjunktur und ihren Einfluß auf die Wergarbeiterorganisationen schließen. Die Zahl der Entlassungen betrug 1909 insgesamt 225 814 (1908: 210 769) d. i. unter 1000 Mitglieder 848 (813). Die Zahl der Wurmtranken ist auf 970 zurückgegangen.

Der durchschnittliche Bestand der Pensionsklassenmitglieder betrug 289 000 (293 203), die Zahl der in der Pensionsklasse Beitragsfreien betrug demnach 59 329 (50 062).

	Unfallinvaliden	Krankinvaliden	Invaliden insgesamt
1908	5429	25 262	30 691
1909	5856	26 366	32 012

Die Zahl der Witwen betrug insgesamt 20 860. Die Zahl der in der Invalidenversicherungskasse Versicherten betrug 1909 840 250 und ist gegen das Vorjahr um 8120 gestiegen. Die Zahlen der Rentenempfänger verteilen sich auf Altersrentner 243, Invalidenrentner 15 048, Krankenrentner 80 = insgesamt 15 371.

Mißstände auf den Gruben.

Der Bergamtsbezirk Dortmund.

Beide? Nach. Hier geschieht alles mögliche, um die Arbeiter zum Verfall von Ueberflüssen zu veranlassen. So mußte Mitte Juni an einem Freitag die Mittagschicht bis Samstagmorgen drin bleiben und die Nachtschicht mußte Samstagabend wieder anfahren. Wer diese Schichten vertritt, erhält von der Grube guten Lohnentziffer sogar mit Zude zur besseren körperlichen Stärkung. Man sollte den Arbeitern lieber die recht kümmerlichen Löhne erhöhen, anstatt durch Ueberflüssen Raubbau an ihrer Gesundheit zu treiben. Wer länger als acht Stunden in der Grube bleibt, treibt Raubbau an seiner Gesundheit und die Folgen werden nicht ausbleiben. Abgesehen von der schweren körperlichen Arbeit wirkt schon die Grubenluft derart zerschlagend auf den Organismus, daß kein vernünftiger Arbeiter länger wie acht Stunden in der Grube bleiben soll.

Beide Centrum I/III. Auf der siebenten Sohle gibt es hier eine Anzahl Mißstände, die bringend der Abhilfe bedürfen. Eine Grube zum Ueberflüssen der stumpfen Grube ist nicht da und muß jeder sehen, wie er es so fertig bringt. Vielleicht weiß die Verwaltung, wie es gemacht wird. Ferner ist Mangel an Abortkubeln vorhanden, oder meint man, daß es gut für Rheumatismus ist, wenn man nach geschwitzt zum Schacht laufen muß. In einzelnen Arbeitsstellen ist es sehr heiß und der kalte Zug am Schacht wirkt völlig lähmend auf die Nerven. Die Seifahrt läßt auch manches zu wünschen übrig. Hier erste fängt dieselbe nachweislich schon vor 5 Uhr an, ohne daß man Bestimmungen bekannt gemacht hat, wann die Seifahrt stattfinden soll. Dann läuft einem das Wasser derartig auf dem Kopf aus allen Gelen und Ranten auf den Körper, daß man ausbleibt, als hätte man eine Verletzung durchgemacht. Jede Hunderlei hat ein regnerisches Dach, nur der „genügsame“ Bergmann scheint ein solches nicht zu bedürfen. Und dann diese Pfosten; diese passen auch ganz zu ihrer Umgebung, wahre Wunderwerkzeuge — man sollte es nicht glauben, doch muß man es hören —, dieses Stoßen, Drängen, Führen und Schlingeln. Eine wahre Revolte jedesmal beim Ein- und Aussteigen. Es liegen sich doch wohl Schieber oder Klappstühle anbringen, wie es auf anderen Gruben auch ist. Dann könnte man dem Steiger W. besseren Umgang mit den Arbeitern empfehlen, denn Antreiberei ist nicht geeignet, Unfälle zu verhüten. Hoffentlich ist die Grubenverwaltung so freundlich und schafft hier Besserung.

Beide Constantin VI/VII. Die Behandlung der Arbeiter durch manche Beamte läßt hier viel zu wünschen übrig. Diese Herren scheinen noch nicht einzusehen, daß sie durch ihr Verhalten sich ins eigene Fleisch schneiden. Arbeiter und Beamte tragen das gleiche Joch und sollen darum auch beiderseits bestrebt sein, ein gedehliches Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Das wird aber unmöglich gemacht, wenn sich der Beamte nur als „Herr“ fühlt und gibt. Und wie halb kann es mit dieser „Gedehlichkeit“ von Unternehmern vorbei sein? Das sollten doch die Beamten beherzigen und ihr Verhalten danach einrichten. Damit ist ihrem und dem Arbeiterinteresse am besten gebient; im anderen Falle sind die Grubenherren die laienhaften Dritten. Im Revier des Steigers Sch. herrscht häufig Hofmangel. Hauertöne von 4,80 bis 4,50 Mk. sind keine Seltenheit. Beschwerden der Arbeiter, dann heißt es, das war keine Leistung. Zum Steiger N. kamen kürzlich Arbeiter, die einige Wochen krank gefehert hatten und baten um Vorfuß. Sie wurden von ihm zum Obersteiger Hemmer geschickt, der sie aber kurz abwies. Im Revier dieses Steigers fehlen in einem Stapelschacht an den Werten die Klappen im Fahrtschacht. Ueberflüssen werden verfahren, aber dort, wo es die meisten Kohlen gibt. So mußte eine Kameradschaft am 30. Mai, die 40 Wagen geliefert hatte, noch eine Schicht verfahren. Ob dann nochmals 40 Wagen geliefert wurden, ist nicht bekannt geworden. Das Antreiben versteht dieser Steiger auch musterhaft; zwei bis dreimal kommt er manchmal in einer Schicht vor einzelne Arbeiten, aber gewöhnlich so leise, daß ihn kein Mensch hören kann; das kann doch nur geschehen, um die Arbeiter zu überraschen. Auch dem Steiger K. kann nie genug geleistet werden; sogar Bestrafungen werden von ihm wegen angeblich nicht genügender Leistung verhängt. Im Gedingeleger leistet der Obersteiger Hemmer sehr viel. Wenn auch die Arbeiter die Schwierigkeiten der Arbeit hervorheben und betonen, daß das Gedinge zu niedrig ist, heißt es einfach, nein, mehr gibt es nicht! Wo bleibt denn da das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter? Vielen Kameraden wäre auch bringend zu empfehlen, die Ueberflüssen zu meiden.

Beide Deutscher Kaiser, Schacht III. Wie die Bergbehörde bei der Befahrung der Gruben und einzelner Steigerreviere irreführt wird, beweist folgender Fall: Am 15. Juni befuhr der Einfahrer das Revier XII. Nachdem derselbe auf der dritten Sohle das Flöz 14“ bis zur Teilschicht befahren hatte, erklärte der Steiger W.: „Das ist alles!“ Auf die Frage des Einfahrers, ob er nicht noch die Wettersohle habe, wurde dieses bejaht und auch befahren. Außerdem befinden sich aber auf der vierten Sohle sechs Betriebspunkte, die zu demselben Flöz und auch zum selben Steigerrevier gehören. Dorthin wurde natürlich der Einfahrer nicht gebracht. Aus der Aeußerung des Steigers, „das ist alles“, geht aber hervor, daß derselbe dem Aufsichtsbereichen diesen Teil seines Reviers willentlich verschwiegen hat. Zweck dieser Feilen soll es nun sein, der Bergbehörde, die ja auch unsere Zeitung flüchtig liest, die Zustände in diesem Teil des Reviers XII vor Augen zu führen. Der Wermesberg, in dem sich die Ortsnummern 393 und 395 befinden, ist in einem Zustande, der direkt als lebensgefährlich bezeichnet werden muß. Der Wermesberg ist 40 Meter hoch, aber wer glaubt, daß auf diesen 40 Metern sich ein halbes Duzend Gölzer befinden, ist gewaltig im Irrtum. Die Klappen sind sämtlich herausgeschnitten und das Gangeband in der Mitte auf eine Länge von 20 Meter bis zur Stärke von 80 Zentimeter durchgehoben. Verbaut wird nichts, nur Kohlen. An Bedeutung gewinnt dieses noch, wenn man dabei bedenkt, daß derselbe Berg nicht nur Förderberg ist, sondern auch von den Leuten als Fahrweg benutzt werden muß, trotzdem unten eine Tafel hängt, die dieses verbietet. Nun nimmt sich ein solches Befahrungsverbot ganz schön aus und wäre auch ganz angebracht bei der miserablen Beschaffenheit des Berges, wenn nur ein anderer fahrbarer Weg vorhanden wäre. Allerdings ist noch ein Ueberbau da, welches als Fahrweg benutzt werden soll, doch ist dieses stellenweise nur 50 bis 60 Zentimeter hoch, so daß von einem Fahrweg im Sinne der B.-P.-B. nicht die Rede sein kann. Dann liegt auch noch die Wetterstrecke im Flöz 13 b vollständig zu Bruch, so daß die Wetter von den vorher erwähnten Betriebspunkten keinen Abzug haben. Auch möchten wir den Herrn Einfahrer bitten, sich den Zustand der Weiterführung im Westen einmal anzusehen. Auch dort liegt vieles im Argen. Ueberflüssen sind selbstverständlich in diesem Revier ausgeschlossen, wenigstens scheint dieses so. Zur Kennzeichnung der Zustände mag es beitragen, daß dieses daselbe Revier ist, in dem der frühere Steiger G. über 70 Stunden zubrachte und nachher mit Kopfverletzungen gefügt wurde. Für heute wollen wir es genug sein lassen, eruchen aber den Herrn Einfahrer, sich in Zukunft bei einem anderen Information einzuholen über die Ausdehnung der Steiger-

reviere, aber nicht beim Steiger. Man kann von diesen Leuten unmöglich verlangen, daß sie sich selbst den Strick drehen. — Auch wird häufig über eine kolossale Unpünktlichkeit bei der Seifahrt von der dritten Sohle geklagt. Morgens beginnt dieselbe um 5—5½ Uhr und ist mittags bei der Seifahrt für die Frischschicht manchmal erst um 3 Uhr beendet. Dieses bedeutet aber für die Belegschaft eine ungeheure Verlängerung der Schichtzeit von 40—45 Minuten. Auch hier wäre es angebracht, wenn die Aufsichtsbehörde mal Remedus schaffte.

Beide Eintracht Tiefbau I. Die Waschklaue ist hier äußerst mangelhaft und längst wäre es notwendig gewesen, Veränderung zu schaffen. Nicht einmal ihre richtigen Stellen können viele Arbeiter benutzen, weil dieselben von Tagesarbeitern, Maschinen usw. besetzt sind. So etwas sollte doch in einem geordneten Betriebe nicht vorkommen. Die Querschläge sind vielfach voll Schlamm und Wasser, so daß die Arbeiter kaum trockenen Fußes hindurchkommen können. Auch das dürfte in einem geordneten Betriebe nicht vorkommen. Ein großer Uebelstand ist es auch, daß die Arbeiter, die in Vorrichtungsbetrieben beschäftigt sind, sich das Material selbst auftragen und vom Schacht holen müssen. Auch darin steht Eintracht vor anderen Gruben, wo das Material bis zur Arbeitsstelle geliefert wird, weit zurück. Das Gedinge ist auch sehr gut, aber herunter, geregelt. Selbst die Sicherheitszündker, welche geliefert werden, taugen nichts; von 20—30 Stück zündet manchmal nicht ein einziger. Bergbehörde und Verwaltung verlangen, daß die Schiffe mit Sicherheitszündker angefertigt werden sollen. Da soll man aber auch für ordentliche Zündker sorgen, die nicht versagen. Müßen wir wirklich solche Zustände immer erst in unserer Zeitung behandeln, bevor sie abgeändert werden? Warum geschieht das nicht eher, damit wir zur Kritik keinen Grund haben? Oder glaubt die Verwaltung, das sei uns ein Vergnügen?

Beide General Blumenthal III/IV. Im Revier des Steigers N. fehlt es hier an Verbandszeug; wenn einmal ein Arbeiter verletzt wird, soll daselbst jedenfalls erst vom Tage beschafft werden. Der Steiger meinte, die Arbeiter sollten sich die Lappen nur von Hause mitbringen. Größere können die Arbeiter bei diesem Steiger auch nur sehr schwer erhalten. Soll das auch noch von Hause mitgebracht werden? Das Verhalten dieses Steigers ist uns wirklich nicht recht verständlich.

Beide Grimbberg. Der Betriebsführer Berger ist ein Gegner der Organisation der Arbeiter, was wir ihm nicht verzeihen, wenn er bei der Befämpfung derselben nicht zu Mitteln greifen würde, die nicht zu billigen sind. Zwei Kameraden hat er wegen einer ganz geringfügigen Sache gefänglich. Außerdem hat er jetzt noch zwei unserer Kameraden gefänglich, die als Kandidaten bei den Sicherheitsmännerwahlen gewählt werden sollten. Ein solches Vorgehen gegen organisierte Arbeiter verurteilt sich selbst und erreicht wird damit nur, daß die Erbitterung der Arbeiter sich gewaltig steigert. Wer unsere Organisation zertrennen will, best auf Granit; das mag sich auch der Herr Berger gefallt sein lassen. Auch über das Verhalten anderer Beamten wird Klage geführt. Diese Herren sollen doch daran denken, daß ihre Herrlichkeit der einer Eintagsfliege gleicht. Vielleicht morgen schon blüht ihnen das gleiche, was heute den Arbeitern blüht. Ist doch derjenige Beamte am besten angesehen, der es versteht, die meisten Kohlen zu fördern. Das Wettkommen um die höchste Förderung ist aber doch nur auf Kosten von Leben und Gesundheit der Arbeiter möglich, und wenn sich die Arbeiter dagegen wehren, haben sie recht. Die Erbitterung der Arbeiter richtet sich aber in den Fällen, wo die Beamten nur den Herren heranziehen, nicht gegen das allein schuldige System, sondern gegen die Beamten. So machen sich beide Teile gegenseitig das Leben sauer für Leute, die vielleicht nie eine Grube von innen gesehen haben und ihre meiste Zeit dem Vergnügen opfern. Ob die Beamten das nicht einsehen?

Beide Gausa. Bis vor Kurzem wurden hier noch Feierschichten eingelegt wegen Mangel an Kohlen und jetzt wird schon wieder fast jeden Samstagabend vollgelegt. Zu bedauern ist nur, daß sich die Arbeiter dazu hergeben. Bestraft wird auch hier jede Kleinigkeit, besonders aber wegen Lebens unzureichender Kohlen. So wurden z. B. nach Wülflingen in einer Woche wegen Lebens unzureichender Kohlen zwei Mann mit je 2,50 Mk., 15 Mann mit je 1,50 Mk., sieben Mann mit je 1 Mk. und 63 Mann mit je 0,50 Mk. bestraft. Wir glauben, das ist des „Guten“ doch etwas zuviel. Soll dadurch etwa das gute Einvernehmen gestärkt werden?

Monte-Cenis I/III. Man hat hier seit einiger Zeit „Abbauhämmer“ eingeführt, welche mit Luft betrieben werden, ähnlich den Bohrhammern. Die Abbauhämmer unterscheiden sich dadurch von den Bohrhammern, daß sie wie die Mißhammer gebaut sind. Zu diesen wird vorne ein Spießeisen gesteckt. Der lose Stollen schlägt nun, durch die Luft getrieben, auf das Spießeisen und treibt es in die Kohle. Hierbei entwickelt die Maschine ihre nervenzerrüttende Wirkung. Nicht nur, daß durch das Zurückschlagen derselben der Körper des damit Arbeitenden, durchdrückt wird, die Maschine macht auch einen derartigen Höllenpektakel, daß man Geräusche, wie plötzlichen Gebirgssturz, das Loslösen von Kohlen usw. gar nicht hört. So steht der Stumpel auf gut Glück im Pfeiler. Man fürchte diese Maschinen ja auch nicht zur Sicherheit oder Erleichterung ein, sondern zur Fehung des Profits. So erklärt sich vieles, auch das folgende: Man hat diese Abbauhämmer der Luftschicht eines gewissen Kleinschmids übertragen; das wäre an sich weiter nicht schlimm, wenn der betreffende Herr sich auch nicht anderweitig sehr bemerkbar machte. Nicht nur, daß er bei jeder Gelegenheit mit Bestrafen droht, er glaubt auch Gutachten über die Leistungen der Stumpels abgeben zu können. Bemühte sich da eine Kameradschaft um Gebirgs-erhöhung. Was geschah? — Der Aufseher K. sagte sich die ganze Schicht zu den Leuten im Pfeiler und beauftragte sie. Zur Schicht meinte er dann: „Hätten wir bis Schicht durchgearbeitet können, hätten wir schon verdient gehabt.“ Das aber über solche Störungen (in diesem Falle Abbrechen des Spießeisens) vorkommen können, scheint man nicht zu bedenken. Herr K. hat auch das Recht, früher auszuführen. Als die Leute nun wieder vorstellig wurden, wurde ihnen einfach erklärt: „Wenn die Leistung bis zum 15. gestiegen ist, dann ziehe ich sogar noch ab.“ Wir sind der Meinung, daß das des „Guten“ doch etwas zuviel ist. Wie läßt sich solches vereinbaren mit der Liebe zu den Arbeitern, was in der „Eodinger-Zeitung“ so schön betont wurde? Das war wohl nur theoretisch gemeint? Auch möchten wir Herrn Stegmann an ein Vorkommnis im Jahre 1905 erinnern. Damals sagte Herr Stegmann: „Es sei das höchste Bestreben der Verwaltung, das beste Einvernehmen mit der Belegschaft herzustellen und da werde er von vorne weg jedermann in gleicher und gerechter Weise behandeln. Wie steht es heute damit? — Glaubst man das durch solche Treibereien erreichen zu können?

Beide Oberhausen (Schacht Osterfeld). Am 2. Juni wurde hier bei der Anfahrt der Nachtschicht ein Kamerad (Familienvater von acht Kindern) in der entsetzlichen Weise verunglückt. Er war sofort tot. Die Schuld an diesem entsetzlichen Unglücksfall trägt das System. Die Leute sollen möglichst schnell herbeigefördert werden. So werden denn auf jede Etage statt 10 manchmal 12—14 Mann heraufgebrängt. Das alles soll möglichst schnell gehen. Beamte stehen fast immer herum, die darauf achten, daß es möglichst fix geht. Das Bedienungspersonal verliert da leicht den Kopf und die Folgen sind solche entsetzlichen Unglücksfälle. Am Unglücksstage oder abends wurde die Seifahrt von einem Anschläger geleitet, der erst die zweite Schicht an diesem Posten war. Der Mann besaß da zweifellos noch nicht die nötige Ruhe und Sicherheit, die sein verantwortungsvoller Posten erfordert. Er hatte jedenfalls noch nichts anderes gelernt, als: es muß fix, fix, fix gehen. In der Nähe stand der Obersteiger und paßte auf. Das hat den Mann zweifellos vollständig kopflos gemacht. Nur fix, fix, fix — das entsetzliche Unglück war geschehen. Ein Weib mit acht Kindern beweinen den Tod ihres Ernährers. Den Anschläger wird man vielleicht auf die Anklagebank bringen. Aber die Schuld trägt nicht er, nicht die Beamten, sondern das System, welches den Menschen zur Maschine degradiert im Profitinteresse einiger weniger. Der Maschinenist in der Seifahrt wird auch noch mit anderen Arbeiten beschäftigt. Rolle und leere Wagen können durcheinander liegen, Menschen können dazwischen sein, die Maschine läuft weiter, weil niemand da ist, der sie still setzt. Wir meinen, das sind doch Zustände, die unhaltbar sind. Die Löhne stehen auch sehr niedrig; 4,50 Mk. und weniger werden häufig an Hauer ausbezahlt. Wie soll damit eine Familie auskommen?

Beide Werne a. d. R. Hier haben zum letzten Juni etwa 230 Mann gekündigt. Aus einem Steigerrevier, wo 125 Mann beschäftigt sind, haben etwa 75 Mann gekündigt. Zu diesem Revier ist jetzt innerhalb eines Jahres der sechste Reviersteiger. Ungefähr 500 Mann feiern zurzeit krank. Dieser Zustand herrscht schon seit Monaten. Auf Beche d. Wende haben im Juni nur 70 Mann gekündigt.

Beide Zollern II. „Oben fix und unten nix!“ Ueber Tage schöne Anlagen, in der Grube aber bleibt vieles zu wünschen übrig. Auf der Wettersohle ist der Querschlag so voll Schlamm, daß die Arbeiter fast darin stehen bleiben. Manchmal gleicht derselbe auch einem See. Die Unglücksfälle häufen sich; fast täglich gibt es Verletzte. Am 23. Mai verunglückte der Kamerad Heinrich Platte durch Sturz in den Stapelschacht. Am 31. Mai in der Mittagschicht kamen zwei Kameraden unter

berührende Gesteinsmassen. Wie kam es, daß sie von 8-10½ Uhr liegen bleiben mußten und erst von der Nachschicht gefunden wurden? Die Zimmerei soll an dieser Stelle faul gewesen sein. Der Kamerad Osterreich ist am anderen Morgen im Krankenhaus an den Folgen des Unfalls gestorben, der andere liegt schwer darnieder. Greiflos haben sich, weil die Kameraden so spät befreit wurden, die Folgen bedauernd veräußert. Im Hauptversatz auf der Wettersohle ist der Verzug fast durchweg verfallen. Vor einiger Zeit ist derselbe auf eine Strecke von 7 Metern zu Bruch gegangen. Wäre das eine halbe Stunde früher während des Schichtwechsels passiert, dann hätte es die schlimmsten Folgen haben können. Es ist auch schon ein Kamerad in diesem Querschlag zu Tode gekommen, jedoch als Veranlassung da wäre, für bessere Ordnung zu sorgen. Der Steiger W. H., Meister III, dürfte sich besserer Umgangformen befleißigen. Die Bege ist doch kein Kasernenhof und die Bergarbeiter sind keine Rekruten, sondern freie Arbeiter. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt und wir keine Veranlassung mehr erhalten, und einmal näher mit dem Verhalten dieses Beamten zu beschäftigen. Arbeiter und Beamte werden vom gleichen Joch befreit, sollten sich dessen auch bewußt sein und sich nicht gegenseitig das Leben sauer machen. Wo soll denn das hinführen? Wenn sich Arbeiter und Beamte gegenseitig das Leben sauer machen, sich als Gegner gegenüberstellen, sind die Unternehmer die Leidenden. Wir wollen nicht, daß die Arbeiter die Unternehmer die Leidenden werden, die Arbeiter sollten die Leidenden sein. Oder nicht, Steiger W. H.? — Auch wieder eine Verletzung leitete sich die Gesellensberger Bergwerks-Vereinigung in Nr. 24 unseres Verbandorgans. „Daß die Unterzeichner nicht falsch unterrichtet waren.“ Trotzdem es die ganze Belegschaft bezogen kann, daß die Belegschaft meistens 10 Minuten vor 1/8 Uhr schon beginnt, mittags vor 2 Uhr aber nicht Schicht gemacht wird, wollen es die Herren Verwaltungen nicht einräumen, daß die Schichtzeit dadurch um 10 Minuten verlängert wurde. Ebenso steht es mit den Bezahlungen, es ist doch vorgekommen, daß Leute bestraft wurden wegen willkürlichem Fahren, welche sich Tags vorher abgemeldet hatten. Wenn bestraft wird, daß die Auslieferung so schnell wie möglich von staten geht, so ist damit noch immer nicht gesagt, daß die Einrichtungen hierfür mitsprechen; es wird doch nur an einem Schalter ausbezahlt. Was die Reinigung und Instandhaltung der Kolonnenwohnungen anbelangt, so sind die Abzüge, die hier für Reinigung einbehalten werden, viel zu hoch. Es bleibt also trotz der „Berichtigung“ alles wahr, was wir in unserer Nr. 10 unter dem Stichwort Bege Kollern II gebracht haben.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Geleitet Wiege-Steinsörbe. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier im Vergleich mit den anderen Bergbauern. Nur ein kleiner Teil der in den Betrieben beschäftigten Personen verdient Löhne, die einigermaßen dazu ansehnlich sind, die Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Die Mehrzahl der Arbeiter wird mit 3,25 bis 3,95 Mk. entlohnt. Bezeichnend ist es, daß die Gesellschafter, die Einkommen von Dividenden und Zinsen ausweisen, dem Arbeiter die geringen Löhne noch beschreiben. Am 1. Mai wurde bekannt gegeben, daß eine Lohnregulierung erfolgen solle. Die Arbeiter, die in Betracht der Kammerlöhne glaubten, dieses werde als Anlaß genommen, um die niedrigen Löhne aufzubessern, wurden enttäuscht, denn diese „Regulierung“ brachte statt der erhofften Lohnsteigerung Lohnabzug. Und das bei der Auszahlung von horrenden Dividenden. Die deutsche Tiefbohrergesellschaft ist in der glücklichen Lage, 23 Prozent Dividende zu verteilen. Dieselbe Gesellschaft zahlte an Belohnungen 140.850 Mk. und trug zum nächsten Geschäftsjahr noch 548.088 Mk. vor. Also einen mühseligen Reingewinn von 2.207.686 Mk. Die Norddeutschen Mineralölmäler sind in der Lage, 12 Prozent für Vorzugsaktien und noch 6 Prozent für Stammaktien auszuwerfen. Die deutsche Mineralölindustrie hat einen Reinertrag von 1.197.121 Mk. Außerdem sind gewaltige Summen für Abschreibungen und Belohnungen zurückgelegt und in obiger Summe nicht eingerechnet. Von den von den Arbeitern geschaffenen gewaltigen Werten streichen die Unternehmer den größten Teil in ihre Tasche, während der Arbeiter sich mit den Profitten abzugeben hat. Und diese Gesellschaft, die in ihrem Geschäftsbericht von derartigen guten Ergebnissen berichten konnte, kürzt ihren Arbeitern den Lohn. Es muß als unverständlich bezeichnet werden, dem Arbeiter von den Kammerlöhnen unter 4 Mk. für Schichtgeld 40 Pf. pro Tag abzugeben. Wer einmal das „Glück“ hat, sich in diesem Paradies ein Jahr zu quälen, muß dem Unternehmer 148 Mk. an Schichtgeld zurückzahlen. Eine ganze Familie in dieser Gegend braucht bei Privalkonten nur noch wenige Mark daraufzulegen, und hat ein ganz anderes Glück und Recht, als ein im „Hotel“ der deutschen Mineralölindustrie logierender Arbeiter. Ihren verdienten Lohn bekommen die in den Werkstätten logierenden Arbeiter nicht zu sehen, sondern die Verwaltung zieht für Kost und Logis pro Tag 1,80 Mk. ab. Von den übrigbleibenden paar Pfennigen, nach Abzug der Krankenkassenbeiträge, Invalidenversicherung, sollen dann die anderen Bedürfnisse befriedigt werden. Viele Arbeiter sind deshalb so „abgerissen“, daß man sich wundern muß, daß sie ruhig zusehen, wie ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. Auch in sanitärer Hinsicht ist sehr vieles faul. Nur eine Gesellschaft hat Badräume, die anderen Gesellschaften geben sich offenbar mit diesen Kleinigkeiten nicht ab. Jedenfalls glaubt man, die Dividenden könnten darunter leiden. Auch an Lebensabzug scheint Mangel zu sein und zwar bei der Niederländisch-Deutschen Petroleumgesellschaft. Einen Arbeiter, dem drei Finger abgequetscht wurden, mußte man erst eine Viertel Stunde weit transportieren, ehe er verbunden werden konnte. Wo Unfälle so häufig sind als im Bergbau, sollte in jedem Bohrturm das erforderliche Verbandzeug vorhanden sein, nicht nur auf der Zentrale. Oder ist man der Ansicht, daß der Arbeiter eine gefühllose Kreatur ist? Wir erlauben uns, die Bergbehörde auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen und ermahnen Reineberg. Kameraden, fragt euch einmal selber, weshalb ihr so traurig entlohnt und nicht beachtet werdet als Menschen. Die Herren wissen genau, daß ihr unorganisiert und deshalb machtlos seid. Nur die Arbeiter als Masse werden sich Respekt verschaffen und zwar durch die Macht der Organisation. Klärt eure Mitarbeiter auf, daß sie, soweit sie nicht organisiert, mitschuldig an diesen traurigen Verhältnissen sind. Schließt euch in Massen dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands an.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Paulinenschacht, IV. Abteilung. Auf diesem Schacht und speziell in dieser Abteilung läßt sich ziemlich alles zu wünschen übrig. Überall, wo man hinsieht, sieht man auf Mißstände. In der Waschküche herrscht so ein Schmutz, daß man sich fürchtet, hineinzugehen. Auch wäre es dringend notwendig, daß etwas mehr für frische Luft gesorgt würde. Infolge der großen Unordnung ist es schon öfter vorgekommen, daß Sachen gestohlen worden sind. In der Lampenküche könnte auch etwas mehr Ordnung sein, denn oft kommt es vor, daß man auf die Lampe noch eine halbe Stunde warten muß. Auch sind wir der Meinung, daß es nicht gerade zweckmäßig ist, jugendliche Arbeiter bei der Förderung am Schacht mit Aufstehen der Wagen zu beschäftigen; wie leicht kann da ein Unglück geschehen? Auch wäre es notwendig, daß bei Herausgabe des Gefäßes eine bessere Kontrolle durch Wachen eingeführt würde, denn durch die jetzige Unordnung sind schon öfters Gefäßstücke verloren gegangen. Abstrüßel sind viel zu wenig vorhanden, so daß dadurch sehr viel Zeit verlaufen wird, auch wäre es sehr zu empfehlen, die Leinen anstatt mit Isom, mit fest verschließbarem Seil zu versehen, damit sie ohnehin nicht gerade reine Luft nicht noch mehr verschmutzt würde. Am 14. März, besonders in Nr. 6, ist der Verzug zu merklich, daß leicht ein Unglück passieren kann. Der Wagenschacht ist an einzelnen Stellen fast gar nicht passierbar. Das Gefäß liegt so niedrig, daß es trotz der größten Anstrengung kaum möglich ist, nach 3,30 Mk. pro Schicht zu verdienen. Als ein besonders schmerzlicher Anreiz hat sich der Herr Hilfssteiger Meining sehr hervor. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um Abänderung zu schaffen.

Süddeutsches und Reichslande.

Freimengen. Am 2. Juni verunglückte ein Arbeiter auf Schacht Bademar-Müller. Noch als ein Glück ist es zu bezeichnen, daß das Unglück nicht schwerer wurde. Aber es hätte überhaupt verhindert werden können. Die Sache trug sich folgendermaßen zu: Beim Aufziehen eines gußeisernen Rammes kam dieser, halb oben angelangt, ins Schwanken und schlug an das Wagnersgerüst, wodurch die Wagnersbretter auseinandergerissen wurden. Die Folge davon war, daß mehrere Arbeiter, die sich auf dem Gerüst befanden, zwischen den Wagnersbrettern durchfielen und ein Arbeiter schwere Verletzungen davontrug, die anderen kamen mit Hautabrisse davon. Auch scheint es uns, als ob in anderer Hinsicht gegenüber den armen verunglückten Arbeitern gehandelt wird. Ein paar Holzpfeile und Zementstücke waren das Krankenlager im Wagnershaus, bis es nach 1½ Stunden der Rede in Spittel oder Wendenberg gelangte, war der Kranke dann zu finden. Es wurde uns erzählt, daß es ein besammernswürdiger Anblick gewesen sei, diese armen, schwer Leidenden

verunglückten zu sehen. Erst werden die Sicherheitsmaßnahmen unterlassen und dann noch eine solche Behandlung der Verunglückten! Solche Vorkommnisse sind nur dort möglich, wo die Arbeiter die größte Gleichgültigkeit besitzen und nicht an die Organisation denken.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die christlichen Vorstandsältesten Schäfer und Rasse

sind anlässlich der Einweihung des neuen Knappschafstgebäudes dekoriert worden. Welche Verdienste diese Dekoration herbeigeführt haben, ist den Ruhrbergleuten hinlänglich bekannt und in den Jahrgängen der „Bergarbeiter-Zeitung“ nachzulesen.

Die Einweihungsfeier des neuen Knappschafstgebäudes

des Allg. Knappschafstvereins in Bochum, auf das die Knappschafst-Holz sein kann, fand am 18. Juni 1910 unter Beisein des Ministers v. Sydow, den höchsten Spitzen der Bergbehörde und anderer Behörden, statt. Auch die Vorstandsältesten unseres Verbandes beteiligten sich bis zum Beginn des Frühstücks an der Feier, aber nicht wie vorgeschrieben, im Frad, sondern einfach und schlicht, wie es der Würde von Arbeitervertretern entspricht. Selbstverständlich wurden bei der Gelegenheit auch die obligaten Medaillen und an Dekorationen festliche es auch nicht. Herr Geheimrat Dr. Weidmann wurde auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen und die „christlichen“ Vorstandsältesten Schäfer und Rasse erhielten für ihre, den Bergarbeitern satzungsmäßig bekannten „Verdienste“, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Das wird Herrn Effert, der als Vertreter des christlichen Gewerkevereins auch an dem Festessen teilnahm, ganz besonders gefreut haben.

Andreas Wadinski +

Am Samstag den 11. Juni 1910 verunglückte auf Bege Eintracht bei Steele unser Kamerad Andreas Wadinski. Mit ihm ist wieder einer von der alten Garde ins Grab gesunken. Unserem Verband gehörte er seit seiner Gründung im Jahre 1888 ununterbrochen an. Auch in der schwersten Zeit hat er unverzagt, ohne zu schwanken, zu seiner Organisation gestanden. Er war ein bestrebt, seine Ideen auszubringen und seiner Organisation neue Mitkämpfer zu gewinnen. Kein Opfer war ihm da zu groß, allem, die ihn kannten galt er als Vorbild selbstloser Opferwilligkeit. Wo es galt, seinen Mann zu stellen, war Wadinski stets in erster Reihe zu finden und doch hielt ihn seine große Bescheidenheit davon zurück, sich vorzudrängen. Allen war er ein guter Kamerad und wo es notwendig war, ein selbstloser Freund und Helfer. Nun ist auch er, erst 51 Jahre alt, ein Opfer seines schweren gefahrvollen Berufs geworden. Tief unten im Schacht, fern vom Licht der Sonne, hat er, wie so viele Zehntausende schon, sein arbeits- und opferreiches Leben ausgehaucht. Erschüttert stehen seine Kameraden an seiner Bahre und beklagen seinen Verlust. Aber der Gedanke, Wadinski hat nicht umsonst gelebt und gekämpft, richtet sie auf. Tausendfach ist die Saat, die er gesät, aufgegangen. In den Herzen seiner Kameraden hat er sich ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Wir werden sein Andenken dadurch ehren, daß wir seinem Beispiele folgen.

Petitionen im Abgeordnetenhaus. — Verhöhnung der vom Zentrum um ihr Wahlrecht gebrachten Knappschafstinvaliden.

Im Dreiklassenhaus beschäftigte man sich am 14. Juni wesentlich mit Petitionen. Mehrere Petitionen forderten die gesetzliche Regelung des Dienstbotenwesens. Die eine nicht brandmarkte die Nachschicht der Dienstboten und ländlichen Arbeiter, die als blutiger Hohn auf jede Gleichberechtigung von den Zeiten des Feudalismus in unsere Tage hineinreichen. Nach der Meinung der Konservativen ist eben diese „Nachschicht des Feudalismus“ ein Grundpfeiler von Thron und Altar und eine ganze Korona von Nebennern der Rechts, Ablesung und Würdigung, Junfer und Junkerzungen, Deutsche und Preiskonservative, der im Zirkus Busch fängt ausgepöbelte Stroffer und der unheimliche Kretsch natürlich darunter, fangen ein hohes Lied auf die Gefährdung, die sie nur noch durch drakonische Strafverschärfungen gegen den Kontraktbruch ergängen möchten. Die Junkerpartei erhielt genügen Zuzug aus benachbarten Lagern, um die Petitionen als Material zu überweisen, was einem Degradations im Papierkorb zu ungehörig gleichkommt. Selbst der Zentrumsmann, wenigstens ein paar von diesen Petitionen durch Ueberweisung zur Berücksichtigung vor allem klanglosem Ende zu betrauen, ließ auf laute Ohren bei den Junkern. — Eine Petition, in der die vom Dreiklassenhaus entredeten Berginvaliden in selbstem Optimismus bezüglich ihres Auswiedereingehung in ihre Rechte bitten, wurde nicht einmal in den Papierkorb geworfen, sondern einfach verscharrt. Das Zentrum, das damals bei der Entredung der Invaliden mitschuldig gewesen, meinte jetzt Krokodilstränen, deren Wert Leinert richtig charakterisierte. Die Petition forderte die Wiederherstellung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Vorkommnissen an die Invalidenmitglieder der preussischen Knappschafstvereine.

Die Abgeordneten Wadusch (Zentrum), Wartscher (Zentrum) und Korfant (Polen) empfahlen die Petition zur Berücksichtigung. Geheimrat Steinbrink erklärte sich dagegen. Man dürfe an den Grundlagen des Gesetzes nicht rütteln.

Abg. Leinert (Soz.) führte aus: Wir werden für den Antrag des Zentrums stimmen. Die in der Petition aufgestellte Forderung hat das Abgeordnetenhaus seinerzeit mit Füßen getreten, und wir hören jetzt von der Staatsregierung, daß sie auch nicht geneigt ist, auf die Forderung einzugehen. Die Petitionierenden scheinen noch tatsächlich die Hoffnung zu haben, daß das selbe Abgeordnetenhaus, das den Invaliden damals die Rechte genommen hat, sie ihnen nach einigen Jahren wiedergibt. Diese Hoffnung wird sicherlich nicht in Erfüllung gehen. Es ist infolgedessen besser, man schenkt den Leuten reinen Wein ein und erklärt ihnen, daß sie lediglich petitioniert haben, damit die Parteien, die damals das Gesetz gemacht haben, jetzt sagen können, wir sind für eure Rechte, obgleich sie sie ihnen erst genommen haben. Weber die Staatsregierung, noch die Mehrheitsparteien haben den christlichen Willen, den rechtlos gemachten Invaliden irgendwie entgegenzukommen. Wir kommt die Geschichte vor wie eine Komödie. Wenn man vor einigen Jahren die Arbeiter rechtlos gemacht hat, und die Regierung in dem Treiben, die Arbeiter rechtlos zu erhalten, bekräftigt hat, und man kommt jetzt her, um eine solche Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, so sieht das nur nach Komödie aus. Wir stimmen für den Antrag. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Waldfrein (Op.): Wir werden für Berücksichtigung stimmen.

Abg. Brutt (Zentrum): Wir brauchen uns unserer Tätigkeit beim Knappschafstgesetz nicht zu schämen. (Woh! bei den Soz.) Wir haben genommen, was zu erlangen war.

Abg. Leinert (Soz.): Es stimmt eben nicht, daß die Zentrums- partei damals die Absicht gehabt hat, den Invaliden ihr Recht, das sie in den Knappschafstvereinen hatten, unter allen Umständen zu retten. (Lebhafter Widerspruch und Zuruf im Zentrum; Sehr richtig! bei den Soz.) Die Zentrums- partei hat das nicht getan, denn sonst dürfte sie diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ruft im Zentrum: „Sie haben Ahnung!“ Sie erklären, Sie hätten für das Gesetz gestimmt, um den Invaliden die Vorteile des neuen Gesetzes zu retten. Aber es ist doch die Frage, ob man auf der anderen Seite den Invaliden nicht mehr genommen hat dadurch, daß man ihnen die Rechte in den Knappschafstvereinen vollständig geraubt hat. Ihr Antrag auf Berücksichtigung scheint mir nicht ganz ernst gemeint zu sein. Der Beweis hierfür liegt ja auch schon darin, daß das Zentrum auch diesmal wieder in so kläglicher Befassung in diesem Hause vorhanden ist. (Lärm im Zentrum. Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Sie (zum Zentrum) sind schuld daran, daß das Gesetz so schlecht gemacht worden ist und Ihre eigenen Bergarbeiter haben Ihnen ja auch gesagt: Wir haben Steine statt Brot bekommen. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Zentrum) hält die Behauptungen Brutt's aufrecht.

Über die Petition wird zur Tagesordnung

übergegangen. Nicht alle Petitionen werden zu behandeln, wie die Arbeiter- petitionen. Eine Unternehmerpetition um Verminderung der Sonntagsruhe fand tiefes Verständnis bei der dreiklassenhausförmigen Mehr-

heit; sie wurde, nachdem Borgmann und Leinert sie nach Gehör charakterisiert hatten, zur Erörterung überwiegen.

Wenn das Stenogramm und vorliegt, kommen wir eventuell auf die Petition zurück. Auch wir betrachten diese Einbringung der Petition als nichts anderes als eine Komödie. Warum hat f. J. die Gewerkevereinsdeputation nicht das Zentrum zugunsten der alten Invalidenrechte umgesehen? Als man deren Rechte nahm, wie konnte man dem Zentrum dafür noch Dank sagen? Im übrigen, will Giesberts nicht bald einmal Klarheit schaffen über die f. J. gepflogenen Verhandlungen der Zentrums- partei und der christlichen Gewerkevereins- deputation?

Karl Kühne über das Knappschafststatut.

Über ein Referat des zweiten Vorsitzenden des Gewerkevereins, Karl Kühne, in einer Gewerkevereinsversammlung in Glinningfeld am 20. Mai, berichtet die „Glinningfelder Zeitung“ (Zentrumsorgan) in ihrer Nummer vom 31. Mai u. a. folgendes:

„Zum Referat erhielt das Wort Herr Knappschafstältester Kühne Bochum-Gamme. Dieser sprach über das Knappschafststatut, das unter Mitwirkung der Verbandsältesten zustande gekommen ist. Sitten wir das Statut beibehalten, so würde sich die Arbeiter- schaft bedeutend besser als mit diesem neuen.“

Für heute wollen wir uns damit begnügen, diese Strohverbrannt- heiten, die allen Tatsachen ins Gesicht schlagen, festzunageln.

Herr Giesberts

hat in Essen eine Rede gehalten, in der er seine Zustimmung zur Gehaltssteigerung des Königs damit begründete, daß man als Gegenleistung 1.700.000 Mark für die Eisenbahnen herausgeschlagen habe. Diese Summe sollte zur Erhöhung der Pensionsbezüge der Beamten dienen. Als ein Vertreter des Eisenbahnmittelstandes die Erklärung abgab, daß es vielleicht noch möglich sei, noch in diesem Jahre die 1.700.000 Mk. dem Pensionsfonds zuzuführen, gab sich das Zentrum zufrieden. Ein diesbezüglicher Antrag, den es gestellt hatte, wurde zurückgezogen. Herr Giesberts hat sich die Sache sehr leicht gemacht. Die Bergarbeiter werden ihm aber trotzdem nicht vergessen, daß er so leichtem Bergens 2½ Millionen auf das Gesicht einer einzigen Person schlagen hilft, während weder er noch seine anderen Kollegen aus dem Arbeiter- stande dafür zu haben waren, den armen lippischen Bergarbeitern einen Lohnaufschlag von 30 Pf. täglich zu bewilligen! Nein, Giesberts und Zuzukritte besetzte man den lippischen Bergarbeitern, deren Löhne 1,80—4,00 Mk. betragen!

Der „bescheidene“ Zumbusch.

Am 20. Mai tagte in Heiligen im Lotale des Wirtes Friedrich Walter eine sogenannte öffentliche Gewerkevereins-Versammlung mit der Tagesordnung: Die Lage der Bergarbeiter. Als Referenten waren erschienen Heinrich Zumbusch nebst noch einem ganz frisch geborenen M. Gladbacher Dreimonats-Professor. Wir wollen auf das Gladbacher, was dort den 100 erschienenen Christen verpasst wurde, nicht weiter eingehen. Nur das eine wollen wir feststellen, daß über die Lage der Bergarbeiter fast kein Wort verloren worden ist, daß ganze Gebete war nur ein Lobgesang auf den Gewerkeverein, wie z. B. „sämtliche Verbesserungen im Knappschafststatut usw. seien nur dem Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter zu verdanken. Weiter ging Zumbusch dazu über, unsere Kameraden Sachse und Hine persönlich herunterzujagen. Aber das alles sind wir schon gewohnt und wir haben schon längst erfahren, wenn die Christen tüchtig schimpfen, wir jedesmal im Vorteil waren. Was uns am meisten interessiert hat, war das Schlusswort des Herrn Zumbusch. Der Schlusslag lautete folgendermaßen:

„Eines möchte ich den anwesenden Gewerkevereinsmitgliedern noch ans Herz legen. Die Genossen hier am Orte (gemeint sind die Orts- verwaltungsmitglieder) verfügen über eine ganz besondere berechnungs- wertige Tugend und das ist — Frechheit. Ich möchte allen an- wesenden Mitgliedern raten, sich ebenfalls diese Frechheit anzueignen und auch wir werden wieder bessere Fortschritte in der Agitation machen.“

Was Herr Zumbusch Frechheit nennt, ist nichts anderes als daß unsere Kameraden genug gelernt haben, um da, wo es notwendig ist, Liebe und Antwort zu geben. Weil nun den Christen hier am Orte jedes Verständnis für solche Sachen abgeht, verleihe sie sich auf das Recht des Herrn Zumbusch, fangen an zu schimpfen und werden persönlich. Das zeigte sich auch, als einem Gewerkevereinsmitglied, J. Peters, von unserem ersten Vertrauensmann Vorhaltungen gemacht wurden, weil er so viele Ueberlichkeiten verfare. Dieser Christ war gleich bei der Hand, eine Schimpfkanonade zu eröffnen und zum Teil Behauptungen, auszu- stellen, die geeignet sind, unseren Vertrauensmann in der öffentlichen Meinung stark herunterzujagen. Ob dieser Mann auch wohl in der Lage ist, an geeigneter Stelle seine Behauptungen zu beweisen? Aber dann geht das Gegeter los, ebenso wie mit dem Vorsitzenden der Zählstelle, der vor kurzer Zeit in Essen vor dem Schöffengericht wegen Verleumdung des Verbandsvorstandes verurteilt wurde. Das hier angeführte zeigt mal wieder so recht die christliche Erziehung in ihrer ganzen Tragweite.

Christlicher Terrorismus.

Nimmt man ein christliches Gewerkevereinsorgan zur Hand, dann kann man gewiß sein, etwas zu lesen über Terrorismus der freien Gewerkschaften. Auch der „Bergknappe“ hat fast in jeder Nummer über irgend eine „Schandtat der unchristlichen Verbände“ zu berichten. Den armen Christen, die diese nach M. Gladbacher Art zusammen- gestellten Schandnachrichten lesen, stehen die Haare zu Berge ob solcher Schleichheit. Von Terrorismus, den die christlichen Agitatoren verüben, wird in den christlichen Gewerkevereinsorganen nichts berichtet. Und doch sind ihre Agitatoren keine Engel. Der „Arbeiter“, das Organ der katholischen Facharbeiter, berichtet in seiner Nr. 25 über einige Fälle, wie die katholischen Christen zum M. Gladbacher Christentum bekehrt werden sollen. Auf der Grube Camphausen, wo die christlichen Gewerkevereiner gegenüber den Facharbeitern in der Mehrheit sind, versuchen die Gewerkevereiner die Facharbeiter zu gewinnen für ihre Organisation, indem sie zu diesen sagen: „Eine Dynamitpatrone soll man auch vor den Gang legen, in einen alten Mann sollte man auch führen und die Stempel herausreißen.“ Weiter werden den katholischen Fach- arbeitern die schäblichsten Schmeicheleien, wie „Hornbubbe“, an den Kopf geworfen. Und so etwas trägt über Terrorismus anderer. Pui Teufel

Der „Bergknappe“

Bringt in seiner letzten Nummer eine ganze Anzahl Artikel, die sich mit dem Bergarbeiterverband wie mit der „Bergarbeiter-Zeitung“ beschäftigen. Nach dem christlichen Organ „rüttelt der Verband in der Frage des Knappschafstwesens noch immer ab.“ Schließlich kommt es noch so weit, daß Orden und Ehrenzeichen nur noch an Verbandsälteste abgegeben werden und daß wir noch das Publikationsorgan für Grubenbesitzer- interessen werden! Unser Leitartikel in dieser Zeitung zeigt uns ja schon, wie „herzlich“ die Beziehungen zwischen Werksbesitzer, Knappschafst- verwaltung und Bergarbeiterverband sind. Wie soll das noch enden, wenn erst die christlichen Vorstandsältesten ihr Bündel schnüren müssen! „Armer „Bergknappe“, dann mußst du noch manche Tinte mitnehmen, nur um nach außen hin den Eindruck zu machen, daß eine christliche Vertretung im Knappschafstwesen überhaupt noch vorhanden ist. Vor allen Dingen, daß die Bergarbeiter einen großen Fehler begangen haben, als sie bei den Wahlen einen christlichen Kandidaten nach dem anderen durchfallen ließen. So danken die Bergarbeiter nun einmal dem christlichen Gewerkeverein für seine „vorzügliche Vertretung“ der Interessen der Knappschafstmitglieder. Wir hoffen, daß die Ruhrberg- arbeiter auch weiter so mit den Christlichen verfahren wird. Aber eine Rettung bleibt dem Gewerkeverein, wenn der Verband 10 Mk. Rentenerhöhung fordert, muß der christliche Gewerkeverein 900.000 Mk. fordern. Nach Belieben kann die Summe ja noch gesteigert werden bis zur Lächerlichkeit. Also los, der Anfang ist ja schon gemacht! Wir laden, sehen wir den „Bergknappen“ poltern hinter dem Verbands- fassern herjagen. Im übrigen, wie der Bergarbeiterverband die Knapp- schafstmitglieder vertreten wird und wie der Gewerkeverein, das wird ja die Zukunft zeigen. Was der Verband bisher getan hat, weiß ja die Bergarbeiterschaft, darum hat sie den Christlichen ja den Platz verlehrt auf dem sie jetzt sitzen. —

Der „Bergknappe“ und der Meineid.

Der „Bergknappe“ trägt in letzter Nummer in einem Artikel darüber, daß die Justiz christliche Verleumder und Schleichschneider nicht belohnt, sondern verurteilt. Sonderbar, daß die Justiz nicht einsehen will, daß die Mönch-Gladbacher Dreijahr zur Schimpflichkeit herabstößt! Das ist grauam, ganz besonders für den Artikelverleumder im „Berg- knappen“, der sich auf der einen Seite über die Justiz beschwert, in gleichem Atem Dissidenten und Verbände als Meineidige hinstellt. Es ist nicht so lange her, da kam der „Bergknappe“

unterst. Verbändlern, daß sie sehr wohl fähig
sind, die Verbände zu verwalten! Also
ein „Bergknappen“ die Verbände auch fähig, jederzeit einen
leichten Witz zu finden, so streng mit den Christen
im Artikel geschickelt wird, sie müßte wegen Gemein-
schaft den Himmel, der in so freier Weise solche Infamien
zu den Hölle führen. Daß, oder ins „Korrekturenhaus“,
ich eher gehört. Wir brauchen keinen Namen nicht zu nennen.
Infamien fähig ist, wer es ist, der so mit der Ehre
neuen fortgesetzt umspringt, daß weiß im Ruhestand heute
an. Und das ist gut so. Über statt, daß der Schreiber
und die Ehre ehelicher Menschen in den Dreck zerrt, sollte er
sitten. In den letzten Monaten haben sich Klumpen aufgetan
in den verschiedensten Plätzen Deutschlands. Nicht nur über
den Gang zum Meibach bei sehr frommen Leuten, sondern auch über
berren Gang zur Interdisziplinären Verworfenheit ist in letzter Zeit selbst
in katholischen Kreisen sehr viel geschrieben und geklagt worden. Dat
der Himmel, der seine Unselbst in „Bergknappen“ verpasste, beim Lesen
dieser Klagen nicht etwa auch an sich gedacht? Ursache dazu hat er,
wie sein Artikel zeigt.

Der „christliche“ Zeitungsbote Reischlog
in Namen bleibt bei seiner Agitation gegen unseren Verband nicht immer
bei der Wahrheit. Wir sehen uns durch die Umstände gezwungen, das
öffentlich festzustellen. So erzählte er kürzlich einem unserer Kameraden,
unser Verband zähle keine Krankenunterstützung und führe gleich als
Beispiel einen Fall an, wonach ein Verbandsmitglied, das fünf Monate
mit seinen Beiträgen im Rückstand gewesen sei und dann ein Bein
gebrochen, kein Krankengeld und keinen Rechtschutz erhalten habe.
Das selbe sei dann zum Gewerkschaftsverein übergetreten und habe sofort
Rechtschutz und dadurch 1000 Mk. Rente nachgezahlt erhalten. Diese
Geschichte ist von Anfang bis Ende erfunden, abgesehen davon, daß der-
jenige, der fünf Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, als
Mitglied unseres Verbandes nicht mehr gilt.

Wärmehelge Schweltern gegen unseren Verband.
Zu unserer Notiz in Nr. 21 wird uns von Joch Constantin
der Große IV/V Berichtend mitgeteilt: „Die Vermutung, daß auf
Joch Constantin der Große, Schacht IV/V, zwei Arbeiter auf Veran-
lassung einer Krankenschwester gekündigt worden ist, ist unzutreffend.
Ebenso ist unrichtig, daß einer der Verkündigten ein Jahr hindurch vor-
her krank gewesen hat. Gewerkschaft ver. Constantin der Große: Pieper.“
Unter Gewährsmann, den wir als durchaus zuverlässig kennen, wird
über diese „Verichtigung“ nicht zu wenig erzählt sein. Allerdings haben
wir nur gesagt, es sei ein unwürdiges Zusammenreffen, daß die
Kündigung den Verbandsmitgliedern der Schwester gleich folgte. Die
„Verichtigung“ berichtigt also völlig daneben. Denn daß die Kündigung
den erfolglosen Verbandsmitgliedern der Schwester folgte, kann nicht
bestritten werden. Das ist aber doch das Wesentlichste, alles andere ist
nebensächlicher Natur. Darüber aber geht der Verbandsmitglied
mit vielfachem Schweigen hinweg. Warum wohl? Über: ein Königs-
reich für eine „Verichtigung“!

Der große Bergarbeiterstreik endgültig verliert.
Unter dieser Überschrift berichtet die „Dortmunder Zeitung“,
das bekannte liberale Schachmacherorgan, in ihrer Nr. vom 24. Mai
folgendes, daß der Bergarbeiterstreik ad calendas graecas (d. h. auf
den Fernerfeiertag) verlegt ist. Hier ist wohl der Wunsch der Vater
des Gedankens! Neuliche Parteien waren auch der Ausdruck der
großen Streiks von 1880 und 1905 in den Unternehmerorganen zu
lesen. Und dann kam der Streik doch, allerdings diesen Organen völlig
unbekannt. Man scheint aber trotzdem auf der Seite nichts gelernt
zu haben. Offensichtlich bekommt die „Dortmunderin“ bei der nächsten
Ueberrückung keinen Nervenschuß. Das wäre wirklich schade, schon
wegen der Gattung.

Der Arbeitsnachweis habe sich eingelebt, die Arbeiter betrachten
ihn als eine wohltätige Maßregel, sagt das Blatt. Jedenfalls meint
es damit die Arbeiter, in deren Klasse es zu Hause ist, die Coupon-
abnehmer. Diese werden den Arbeitsnachweis jedenfalls als eine
wohltätige Maßregel betrachten, ermöglicht er ihnen doch, die Arbeiter
an die Scholle zu fesseln und noch mehr Profit wie bisher aus den
Knägen der Arbeiter herauszufischen.

Was das Blatt dann noch über den Erlaß des Vorstandes, wo
aus jeder Zeile die mangelnde Opferwilligkeit herauszulesen sei, über
die Unzufriedenheit der Bergarbeiter und die friedlichen Medien der
Führer fabuliert, können wir ihm nach obiger Leistung schenken. Die
Bergarbeiter werden es der „Dortmunderin“, auch wenn sie noch öfters
auf den Wuch Hopt, nicht verzeihen, wenn sie den Kampf aufnehmen
werden. Dieser Kampf wird sich aber nicht nur, wie die „Dortmunderin“
anzunehmen scheint, gegen den Arbeitsnachweis, sondern gegen
die Wurzel alles Übels, den bestehenden, den Bergarbeitern aufge-
zwungenen Arbeitsvertrag richten. Dieser von der brutalsten Unter-
nehmerwillkür diktierte Arbeitsvertrag ist nichts weiter, wie eine
Schraube ohne Ende, um den Arbeiter in den letzten Blutstropfen aus-
zupressen. Der Arbeiter hat danach keinerlei Mitbestimmungsrecht
auf die Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen; jeder Will-
kür, jeder Raune brutaler Beamten öffnet dieser Arbeitsvertrag Tür
und Tor. Der Arbeitsnachweis soll den Arbeiter an seine Arbeits-
stelle fesseln, damit er sich den manchmal schändlichen Wirkungen
dieses Arbeitsvertrages nicht mehr entziehen und die Ausbeutung noch
rationeller betreiben können. Vorerst soll derselbe noch loyal
gehandelt werden, bis er sich, um mit der „Dortmunderin“ zu reden,
eingelebt hat. Wer allmählich wird man die Schraube schon anziehen.
Der Arbeitsnachweis ist also nichts anderes, als eine wirksame Er-
gänzung des den Arbeitern aufzuzwingenden Arbeitsvertrages. Haben
sich die Arbeiter einen Arbeitsvertrag erkauft, der ihnen ein Mit-
bestimmungsrecht auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedin-
gungen und einen berechtigten Anteil am Ertrage ihrer Arbeit
sichert; dann ist der Arbeitsnachweis wenigstens in seiner jetzigen Form
ziemlich zwecklos geworden. Die kommenden, nicht auf den Sanft-
Nimmermehrstag verlassenen Kämpfe, verheißt die „Dortmunderin“, wer-
den sich darum, wie schon gesagt, gegen die Wurzel alles Übels den
bestehenden, von rückständiger Herrenanmaßung diktierten Arbeits-
vertrag richten. Dieser hat es den Grubenherren diesmal ermöglicht,
die Folgen der Krise fast völlig auf die Arbeiter, und damit auf die
Gesamtheit abzuwälzen.

79 260 159 Mark haben die Bergarbeiter allein im Ruhrgebiet, vom
ersten Quartal 1908 bis einschließlich ersten Quartal 1910 durch die
Lohnreduzierungen an Löhnen eingebüßt, ungerechnet der Verluste,
die ihnen durch die vielen Feiertage entstanden sind.

Dieses für die Allgemeinheit schädliche Spiel soll sich nicht wieder-
holen, das mögen sich die „Dortmunder Zeitung“ und ihre Hinter-
männer gesagt sein lassen.

**„Eine Verlegung von Leuten auf andere Zechen von
unserer Gesellschaft kann vorläufig nicht mehr erfolgen.“**
so lautet eine Bekanntmachung, die auf Zeche Dammesbaum-Eisenbaum
erlassen wurde. Diese Zechen gehören zu der in der Zeche Dammesbaum
Bergwerks- und Hütten-W., worin Stinnes die erste Geige
spielt und zu der folgende Zechen gehören: Dammesbaum, Friederika
Prinz-Regent, Gasenwinkel, Friedländer Nachbar, Baaker Mulde, Julius
Philipp, Wisse Tiefbau, Bruchstraße und Wiedahlshaus. Soll sich nun
die angekündigte Sperte auf diese Zechen beschränken oder soll sie auch
Geltung haben für andere Zechen, welche der Gesellschaft nicht gehören?
Eine Antwort auf diese Frage wäre jedenfalls am Plage.

**Ueber einen weiteren Unglücksfall
auf Zeche Consolidation.**
diesmal auf Schacht I und VI, wird uns in einem längeren Schreiben,
dem eine Skizze vom Unglücksort beigegeben ist, berichtet. Drei Berg-
arbeiter sind tödlich verunglückt. Es handelt sich um einen Pfeiler-
bruch. Der Kameradschaft waren vorher noch Lohnkürzungen gemacht
worden.

Zeche Werne.
Große Erregung bemächtigte sich der Belegschaft der Zeche Werne
wegen Wärmehelge eines Verbandskameraden. Die Zeche war ver-
nünftig genug, die Wärmehelge rückgängig zu machen und somit be-
ruhigten sich die Kumpels. Die Vorkommnisse, u. a. daß über 200
Mann von der Mittagschicht die Einfahrt verweigerten, beweisen,
daß sehr leicht ein Feuerbrand entzündet werden kann, wenn das
binde Draufgängerium auf der Zeche Oberhand kommt. Ueber
dem Ruhrbecken lagert dumpfe Gewitterwolke. Wegen die Zechen-
herren gewarnt sein, den Wogen nicht zu straft zu kommen.

Rein Lokal in Stäler
nicht der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung; sie hat das
„Vergnügen“, sich die Versammlungsorte wieder von draußen be-
sehen zu können. Seit Februar vorigen Jahres stand unseren Kame-
raden das Lokal des Herrn Oberstleutnant am Stadtkommando zur Ver-
fügung. Als am 11. Juni zwei Mitglieder der Ortsverwaltung
unseres Verbandes vorkam, um das Lokal wie früher zur Ab-
haltung einer Zahlstellenversammlung zu bekommen, erklärte Herr
O., seinen Saal nicht mehr zur Verfügung stellen zu wollen, und
gavir mit der Begründung, weil in diesem Jahre kein Zahlstellenfest
bei ihm gefeiert würde. Nun hat es mit dem Ausfall des dies-
jährigen Zahlstellenfestes folgende Bemerkung: Am 10. April tagte
bei Oberstleutnant eine Zahlstellenversammlung, in welcher über Fest-
angelegenheiten beraten wurde. Es kam auch ein Beschlus zustande,
nach welchem das Fest durch Konzerte, Gesangsvorträge, Kinderbe-
teiligung und Ball gefeiert werden sollte. Nach dem aufgestellten
Programm zu urteilen, versprach das Fest ein ganz gemütliches und
der Arbeiterschaft würdiges zu werden. Um nun die festliche Stim-
mung nicht durch eine unpassende Saaldekoration beeinträchtigen zu
lassen, wurde beschlossen, die Dekoration selbst zu übernehmen und,
wie es im Protokoll der betreffenden Versammlung heißt, „den Saal
nach eigenem Ermessen auszustatten“. Das würde eventuell die
Entfernung oder Verdeckung einiger im Saale befindlichen Bilder
zur Folge gehabt haben. Dieses brachte Herrn Oberstleutnant aber in
Harnisch. Er erklärte, dieses nun und nimmer zugeben zu wollen.
Für „sozialdemokratische“ Zwecke gäbe er sein Lokal nicht her, das
habe er uns ja von vornherein gesagt. Auch als ihm auseinander-
gesetzt wurde, daß dieses doch nicht sozialdemokratisch sei, daß wir
nur den politisch neutralen Standpunkt der freien Gewerkschaften
wahren wollten, indem wir das Festlokal weder in ausgesprochen
sozialdemokratischem, noch in hurrapatriotischem Sinne, sondern in
einer der freien Arbeiterschaft würdigen Weise ausgeschmückt wissen
wollten, blieb er bei seiner Weigerung. Er erklärte immer wieder:
„Es hat er mit fünf ein gesagt, mit soziale Gesichtchen drö-
gt mit nicht mit komm'n, da well es in mein Lokal nicht werten.“
Dabei weiß Herr Oberstleutnant offenbar nicht, was „sozial“ bedeutet,
sonst würde er dieses Wort nicht immer in diesem Sinne gebrauchen.
Als Herr Oberstleutnant auf seinem Standpunkt verharre, beschloß
die Versammlung, von der Feier abzusehen. Nun mußte Herr Oberste-
leutnant nichts Besseres zu tun, als die Mitglieder gegen die Orts-
verwaltung auszuspielen, natürlich ohne Erfolg. Einmal behauptete
er: Diejenigen, welche in der Versammlung waren, waren alle Sozial-
demokraten, wenn die anderen Mitglieder dagesessen wären, wäre es
anders gekommen. Gegenüber einem Kameraden meinte er: „Wenn
Ihr nicht sozialdemokratisch sein wollt, so müßt Ihr Euch andere
Führer wählen.“ Herr Oberstleutnant will wahrscheinlich solche Führer
gemeint war die Ortsverwaltung — haben, welche ihm ein Mit-
bestimmungsrecht innerhalb der Zahlstelle einräumen. Ein solches
Ansuchen war schon bei einer früheren Gelegenheit gemacht, aber von
dem Vertrauensmann zurückgewiesen worden. Wenn die Ortsver-
waltung in den Wahlen wandeln wollte, die ihr Herr Oberstleutnant
vorgeschlagen sich bemüht, vorausgesetzt, daß die Mitglieder sich solches
gefallen lassen, dann würde unsere Zahlstelle bald auf den Stand-
punkt eines gewöhnlichen Klubvereins herabgerückt sein. Daß
die Mitglieder des bei Oberstleutnant in der Gesangsvereins, worunter
sich einige Verbandsmitglieder befinden, auch in den Wahlen ein-
stimmen, welchen ihnen Herr Oberstleutnant vorsetzt, ist allerdings
zu bedauern. Besser wäre es jedenfalls, wenn dieselben in die Versam-
lungen kommen wollten, um dort ihrem beehrten Herzen Luft zu
machen. An den Kameraden liegt es, nun dafür zu sorgen, daß die
Worte, bei welchen sie verkehren, uns auch ihr Lokal zur Verfügung
stellen. Die Ortsverwaltung wird in nächster Zeit in dieser Be-
ziehung an die übrigen Wirtre herantreten. Im übrigen ist es Pflicht
eines jeden Kameraden, die Wirtre zu meiden, welche nur unsere
Großchen haben wollen und uns bei der ersten Gelegenheit den Schluf
vor die Tür setzen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.
Sicherheitsmännerwahlen auf Zeche Nordstern.
Am 13. Juni hat auf Zeche Nordstern (Wurmrevier) die Wahl der
Sicherheitsmänner stattgefunden. Nordstern hat eine Belegschaft —
ohne die Kokeri — von rund 1000 Mann. Von dieser Zahl waren
wahlberechtigt 583, wovon 194 ihr Wahlrecht ausüben. Gewählt
wurde in sieben Stelgerabteilungen. Im Gegenlag zu den übrigen
Zechen im Wurmrevier liefert die Zechenverwaltung keine Stimmzettel.
Von den abgegebenen Stimmen erhielt der Verband 80 und der Gewerk-
verein 184 Stimmen. Im Revier II und Revier VI hatte der Verband
keine Kandidaten aufgestellt.

Von den abgegebenen Stimmen hat der Verband rund ein Drittel
erhalten und der Gewerksverein zwei Drittel. Wir hätten eine größere
Differenz im Stimmenverhältnis erwartet, da nach den großartigen
Versicherungen seiner Agitatoren der Gewerksverein im Wurmrevier
mindestens eine sechsfach so starke Mitgliederzahl wie der Verband hat.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.
Maschinenbau-Knappschaftswahlen.
In GutsMuth, Wolmeck, Heiligenthal und Bischofsrode fanden
Knappschaftswahlen statt, die mit dem Sieg der Verbands-
kandidaten endigten. Bravo!

Grubenunglück auf Schacht Zinnenrode.
Der Kalischacht Gewerkschaft Zinnenrode (schwarzburg-rudolstädter
Erzgrube, zwischen Sonderhausen und Nordhausen gelegen, zum Konzern
Ludwigshall (Vollkammerhau) und Deutschland III (Gaim) gehörig, war
kürzlich auf einer Nachschicht der Schachtpflege eines schweren Schacht-
unglücks. Der in Ausmauerung begriffene Schacht ist 583 Meter tief. An der
Ausmauerung bis zum Stumpfe fehlten noch 30 Meter. Der Stumpf ist
22 Meter tief. Entgegen der Vorhersage, daß der Abstand zwischen
Sicherheitsbühne und Arbeitsbühne nur mäßig hoch sein darf, betrug der
Abstand jetzt 12 Meter. Gegen 1 Uhr brach die Arbeitsbühne durch.
10 von den 14 darauf befindlichen Mauern und Bergarbeitern stürzten
auf die Sicherheitsbühne und die durchbrochene Arbeitsbühne ihnen
nach. Vier von den Arbeitern konnten sich durch Sprung in einen Neben-
stollen retten. Der Bergarbeiter Luge aus Hainrode, Vater von zwei
Kindern) war sofort tot. Schwerer verletzt wurden der Aufseher Stoll und
die Vergleute Guno und Wegel aus Al.-Gurra; sechs wurden leichter
verletzt. Die Schwerverletzten trugen innere Verletzungen (Rippenbrüche
und Verstauchungen), die Leichtverletzten meist Verletzungen am Kopfe
daraus. Neun Verletzte wurden nach dem Knappschaftskrankenhaus
„Vergamtsstrolch“ in Halle überführt. Die Schwerverletzten sowie einige
Leichtverletzte sind verheiratet. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das
Unglück dadurch eingetreten, daß die Mauerbühne überlastet wurde. Sie
war mit jetzt 20 Schacht Zement und 300 Mauersteinen belastet. Dazu
kam die Last der 14 Beschäftigten. Die Mauerbühne hatte einen Durch-
messer von 3,80 Metern. Der Haupt-Trägerbalken soll fehlerhaft gewesen
sein; er soll ein Bohrloch gehabt haben, und an dieser Stelle soll er
durchgebrochen sein. — Obwohl das Unglück des Nachts 1 Uhr statt-
fand, mußten die Verletzten doch bis früh 7 Uhr warten, ehe sie mit der
Bahn nach dem fernen Halle transportiert werden konnten. Der auf
dem Werk befristete Chemiker Dr. Rohmann leistete die erste Hilfe.
Später legte der praktische Arzt Dr. Mack aus Wolframshausen den
Verletzten Verbände an. Da keine genügenden Vorkehrungen vorhanden
waren, wurden drei Verletzte auf Bahnen im Bahnhof untergebracht
und mußten die fast dreistündige Fahrt bis Halle unter unglücklichen
Schmerzen aushalten.

Königreich Sachsen.
**Werkherren gegen die Arbeitervertreter
im Widauer Revier.**
Am Sonntag den 12. Juni fanden hier drei Belegschaftsversam-
lungen statt. Alle drei Versammlungen, eine von dem C. G. Fall-
schächten, eine von den Bürgergeschächten und eine von den Wilhelm-
schächten, befaßten sich mit dem Entwurf eines dritten Statuts zur
Allgemeinen Knappschafts-Pensionskasse und der letzten Generalver-
sammlung in Freiberg.

Die Knappschaftsältesten von den C. G. Fall- und Wilhelm-
schächten erzielten lediglich nur Bericht von der Generalversammlung
und deren Verlauf, während die Belegschaftsversammlung von den
Bürgergeschächten sich damit zu befassen hatte, ob auch ihre Ältesten
zum Woble der Rassenmitglieder bestimmt haben oder nicht.

Es ist uns bekannt, daß auf der letzten Generalversammlung
in Freiberg die organisierten Ältesten sämtlich gegen den Entwurf

eines dritten Statuts gestimmt haben, da derselbe, ohne daß eine Ver-
besserung an ihm vorgenommen, seitens der Arbeitervertreter
nicht angenommen werden konnte; dieses haben auch die Ältesten
von den Bürgergeschächten getan. Von Seiten des Herrn Direktors
Krüger wird nun ein Mittel versucht, um die Arbeiter deselben
Wertes gegen die zwei Ältesten aufzuheben. Der Herr Direktor stellt
die Sache so dar, als wenn gar keine Verfechtung für die Anba-
liden beabsichtigt wäre, nur die Ältesten hätten sich von unserem
Kameraden Sache beeinflussen lassen und so gestimmt, wie geschehen.
Auch muß ein anonymes Flugblatt dabei herhalten, mit dem wir
nicht das geringste zu tun haben. Wir werfen hier die Frage auf:
Sind denn die in Frage kommenden Knappschaftsältesten über ihre
Abstimmung in Freiberg dem Herrn Direktor Krüger Rede und Ant-
wort zu stehen verpflichtet, wie dies geschehen ist? Wir sagen nein
und abermals nein! Die Knappschaftsältesten sind nur ihren Wählern
oder Auftraggebern verpflichtet, Bericht zu erstatten, sonst niemand.
Was will der Herr Direktor Krüger damit bezwecken, wenn er die
Mannschaft und die Ältesten versammeln läßt, um in Gegenwart
von mehreren Beamten und Arbeiter den beiden Ältesten Meier
und Strauß ihre Abstimmung in Freiberg zu tabeln? Nichts weiter,
als die legierten einzuschüchtern, um bei wiederkehrenden Fällen
nach Wunsch des Herrn Direktors Krüger zu stimmen. Kameraden!
Ein derartiges Vorgehen ist nicht zu billigen und wir sehen, wohin
die Reise geht. Nach Ansicht der Werkherren dürfen Arbeiterver-
treter nur so beschließen und stimmen, wie es der Verbandsverwaltung
gefällt, wenn nicht, dann macht man es den Arbeitern gruselig, denn
die Entlassung können ja die Herren nach Belieben über möglichste
Arbeiter zu jeder Zeit aussprechen. Erst vor wenigen Wochen sind
auf den Vereinsglückwünschen vom Obersteiger Junghebel drei Mann
auf einmal entlassen worden wegen ungenügender Leistung, trotz
Einführung der 12 stündigen Schicht und auf den Bürgergeschächten
der Hauer R. aus Steinpleß. Bürgergeschacht und Vereinsglück haben
im Widauer Revier die längste Arbeitszeit und die möglichsten Ver-
hältnisse.

Kameraden! Wann werdet ihr erwachen und euch bessere Ver-
hältnisse verschaffen? Das könnt ihr nur durch die Organisation,
der ihr zum größten Teil fernsteht. Doch etwas einsichtig sind die
Kameraden von den Bürgergeschächten schon geworden, und das haben
wir dem Herrn Direktor Krüger zu verdanken; am Sonntag sprachen
nicht nur die Kameraden in den Belegschaftsversammlungen vom
Falkenschacht und den Wilhelmshausen den Knappschaftsältesten ihren
Dank für ihr Verhalten in Freiberg aus, sondern auch die Kame-
raden von den Bürgergeschächten in Marienthal.

Süddeutschland und Reichslande.
Die „wohlhabenden“ Bergarbeiter von Marienstein.
Den Bergarbeitern von Marienstein scheinen nette Aussichten zu
blühen, denn kaum hatte der junge Ingenieur Vergmann seine Füh-
rner heringeführt, so hatte er auch schon entdeckt, daß die hiesigen
Arbeiter viel zu „wohlhabend“ sind, wie er sich ausdrückte. Es würde
uns wirklich interessieren, in welchem Erdennickel sich der Herr bis dato
versteckt gehalten hat, wenn ihm schon die hiesigen Zöhne (Hauer) eine
von 2,51 Mt.) als zu hoch erscheinen. Sein erstes Werk war, daß er
getreu an der Seite des Stelgers. Barmittel mitgeholfen hat, den Ver-
trauensmann des Bergarbeiterverbandes aus dem Betriebe hinauszum-
werfen. Er (Barmittel) sollte besonders bei den Unterhandlungen eine
eigentliche Rolle. Er sollte nämlich die „Gründe“ aufzählen, die zur
Entlassung geführt haben, dabei stellte er die Wahrheit derart auf den
Kopf, daß er sofort überführt werden konnte. Auch ziemlich nervös
scheint der Mann zu sein, hat er doch harmlose Frauen angerepelt,
weil sie sich zu wenig „anständig“ benehmen in seiner Gegenwart. Be-
sonders aufgeregt war er am 4. Juni anlässlich der Arbeiterauswahl,
mollte er doch den Zeitungsboten vom Zechenplage weglegen. Es mag
ja unangenehm sein, wenn er des Kameraden ansichtig wird, dessen
Existenz er vernichtet hat. Ober sollte es etwa der Gebante an die
Vergangenheit sein, daß Herr Barmittel so schlecht auf die Zeitungsboten
zu sprechen ist. Wir glauben, daß beides der Fall ist. Ueberhaupt
scheint man über den Ausgang der Arbeiterauswahl sehr erobert zu
sein, beabsichtigt doch Herr Vergmann Kaufser gegen die Wahl Protest
einzulegen, da die „richtigen“ Arbeiter nicht gewählt wurden. Herr
Kaufser mag sich beruhigen, es wird ihm auch ein Protest nicht nützen;
die Zeiten sind auch in Marienstein vorüber, wo sich die Arbeiter Stroh-
männer als ihre Vertreter wählen.

Das saarabische System.
Der Saarbergmann schmachtet noch immer in absoluter Unfreiheit
und hängt ihm ständig das Damoklesschwert der Entlassung und der
damit verbundenen Verteilung aus der Heimat über dem Kopfe, sofern
er es wagt, sich etwas freizeichlich zu bewegen oder sich einem Verein
anzuschließen, den man „oben“ nicht gerne sieht. Das müßten jüngst
wieder die „freien“ Musiker der Berginspektion G t t e l b o r n erfahren.
Bekanntlich hat jede Berginspektion auch eine „königliche Bergkapelle“, die
sich aus aktiven Bergleuten, die Kapellmeister aber aus Beamten rekrutieren
und deren Aufgabe es ist, bei allen offiziellen Bergfestlichkeiten oder
Begräbnissen zu spielen. Diese „königlichen“ Musiker arbeiten meistens
im Schichtlohn, erhalten bei Verdiensten versäumte Schichten vergütet
und erfreuen sich auch sonstiger Vergünstigungen. Des Sonntags machen
sie auf den Vergmannsbörse die Ritzsch- und Festmusik, wodurch
ihnen ein Nebenverdienst entsteht, von dem jedoch jeder einzelne Musiker
80 Pfg. an den Herrn Kapellmeister vorab abgeben muß. Gegen diese
Sonderabgaben an den „königlichen“ Kapellmeister besteht ein
weit verbreitetes Mißtrauen und so gründeten die Musikvereine,
Bergleute der Berginspektion Gittelborn einen freien Musikverein,
dem hauptsächlich die Musiker der „königlichen“ Bergkapelle
beitraten und bald erkrankte sich der freie Musikverein
einer größeren Bedeutung und hatte mehr Zulauf, als die „königliche“,
Bergkapelle, wodurch die Einnahmen des Kapellmeisters erheblich ver-
mindert wurden. Obwohl es nun den „königlichen“ Bergleuten
und noch mehr den Herren Beamten unterstellt ist, außer ihrem Beruf
auf der Grube noch ein Geschäft zu betreiben, trat dennoch die Berg-
inspektion für den geschädigten Kapellmeister ein und schickte jedem
Mitglied des freien Musikvereins einen Brief, falls der Musikverein
nicht sofort aufgelöst werde, würde die Ablegung aller Mitglieder des
„freien“ Bergleuten ihren „freien“ Musikvereinen auflösen und zur „königlichen“
Bergkapelle zurückkehren, müssen dem „königlichen“ Kapellmeister wieder
80 Pfg. Extrazahl zahlen und dürfen weiter arbeiten.

Ein Arbeiter, Schachthauer auf Camphausen, erlaubte sich, in der
Wachstau seinen saarabischen „königlich-christlichen“ Kumpels ihre
Dummheit und den Verrat der M.-Glabbacher vorzulegen, was die
„königlich-christlichen“ Kumpels mit einer Denunziation an die In-
spektion beantworteten, worauf von der Inspektion ein Schreiben an
den Betriebsführer der Firma P a t t e r g e s s e n, in deren Diensten
der „Sünder“ für die Grube arbeitet, einfiel, den Mann sofort zu
entlassen, da er sozialdemokratische Agitation betriebe. Der Betriebs-
führer antwortete jedoch, daß es sich um einen seiner besten und zu-
verlässigsten Arbeiter handele und er den Mann nicht entlassen könne.
Es handelte sich hier um einen wehrfähigen Schachthauer, während
der Betriebsführer diesem 6,50 Mt. pro Schicht zahlen muß, während
die Saarbergleute für 4,30 Mt. im Schicht arbeiten, weigerte er sich
dennoch, den Mann zu entlassen, sondern behielt ihn in Arbeit. Diese
Vorkommnisse zeigen jedoch, daß trotz der „christlichen Emanzipations-
arbeit“, trotz ihrer bombastischen Versicherungen von der Freiheit des
Saarbergmanns, das saarabische System weiterbesteht und der Saar-
bergmann heute kein Jota Freiheit mehr genießt, als zu Hilgers
Zeiten und das gerade der Tätigkeit halber der M.-Glabbacher Schaum-
schläger.

Lohnbewegungen und Streiks.
Streik auf dem Ralwert Teutonia in Wustrow.
Seit mehr als vier Wochen befindet sich die Belegschaft dieses Werkes
wegen wiederholter ungenügender Lohnreduzierungen schon im Streik.
Da ein Entgegenkommen seitens des Obersteigers Fliege nicht zu erwarten
war, wandten sich die Streikenden am 1. Juni mit folgender Eingabe
an das Oberbergamt:

„An das königliche Oberbergamt zu Clausthal.
Wie dem königlichen Oberbergamt bereits bekannt sein dürfte,
ist am 16. Mai d. J. ein Teil der Belegschaft der Vergbaugesellschaft
Teutonia-Wustrow i. S. wegen Lohnabzug nach vorausgegangener

